

## Erneut Krieg?! – «Die Menschen fragen sich: Was wird aus uns?»

von Karin Leukefeld, Beirut\*

Karin Leukefeld  
(Bild Tilo Gräser)

zf. Der folgende Text wurde erstmals am 27. Februar veröffentlicht, einen Tag vor Kriegsbeginn. Er hat nichts an Aktualität verloren.

«There will be no war.» – Es wird keinen Krieg geben. Das schrieb mir ein Frie-

densaktivist im Februar 2003 in mein Notizbuch. Wir waren in Bagdad. Die Aktivisten waren zu Hunderten aus allen Teilen der Welt als «Human Shields», als menschliche Schutzschilde gekommen, um die zivile Infrastruktur der irakischen Hauptstadt durch ihre permanente Anwesenheit vor Angriffen zu bewahren. Ich schrieb auf, was diese Aktivisten bewegte und was irakische Gesprächspartner aus nahezu allen Teilen der Gesellschaft bereit waren, einer deutschen Journalistin zu sagen. Hochrangige ehemalige UN-Diplomaten kamen nach Bagdad, um für Frieden und Dialog zu werben. Weltweit gab es grosse Demonstrationen gegen den Krieg. Selbst in Deutschland gingen Hunderttausende auf die Strasse und forderten «Kein Blut für Öl». Mancher wird sich erinnern.

Seit Anfang des Jahres 2003 fielen Journalisten und Filmteams in Bagdad ein wie «Geier, die auf ihre Beute lauern», wie ein Kollege es ausdrückte. Die aus Europa, den USA und aus Australien kamen, waren sich mehrheitlich einig, dass der Irak Massenvernichtungswaffen versteckt hatte und die Uno anlog. Die arabischen Journalisten waren eher der Meinung, dass der von den USA und der «Koalition der Willigen» geplante Krieg völkerrechtswidrig und illegal sei. Ziel seien das Öl und die Kontrolle der Region. Es sei unwahrscheinlich, dass der Irak Massenvernichtungswaffen versteckt habe. Bei den vielen Razzien der *Un-scom* sei nichts gefunden worden.

Die Rede des damaligen US-Aussenministers Colin Powell im UN-Sicherheitsrat am 5. Februar 2003 verfolgten Hunderte Journalisten in Bagdad im damaligen Informationsministerium. Getrennt in zwei grossen Räumen gab es für die arabischen Journalisten eine arabische Übertragung, für alle anderen eine englische Ausstrahlung. Und wieder war die Reaktion verschieden: die einen waren von Powells Auftritt beeindruckt, die anderen meinten, er habe gelogen.

Und so war es ja auch. 2005 erklärte Powell, er habe «falsche Informationen» erhalten, die Geheimdienste trügen die Verantwortung. 2011 sprach er von einem «Makel» in seiner Karriere.

Wenige Monate nach dem Einmarsch der US-Armee in Bagdad explodierte das UN-Hauptquartier im Irak, das *Canal Hotel*. Ein Lastwagen mit Sprengstoff war unter dem Büro von Sergio de Mello, dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte und Leiter der UN-Mission in Bagdad, per Fernsteuerung gezündet worden. Es war der 19. August 2003, die UN-Mission hatte nur fünf Tage zuvor die Arbeit offiziell aufgenommen. Weder US-Soldaten noch die UN-Sicherheitskräfte, die das Gebäude schützen sollten, hatten das Fahrzeug beachtet. 22 Menschen wurden getötet, darunter Sergio de Mello, der

das Verhalten der US-Armee im Irak wiederholt kritisiert hatte. Mehr als 100 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Das *Canal Hotel* war damals Anlaufstelle für unzählige Hilfesuchende und hatte der Koordinierung unabhängiger Hilfsorganisationen, darunter auch den Friedensaktivisten der «Human Shields» Räume und vor allem Internetverbindungen zur Verfügung gestellt. Mit zunehmender Gewalt und Entführungen eigener Leute und von Journalisten zogen sie sich aus dem Irak zurück. Der völkerrechtswidrige Krieg, den die US-Koalition der Willigen mit der Verbreitung von Lügen dem Irak aufgezwungen hatte, wurde zu einem innerirakischen Krieg, der sich schliesslich regional und über die Region hinaus ausweitete.

### Der lange Krieg

«There will be war, a very long war» – Es wird Krieg geben, einen sehr langen Krieg. Das sagte damals ein arabischer Kriegsberichterstatter, der schon aus dem Jugoslawien-Krieg, aus Afghanistan und nun aus dem Irak berichtete. Er behielt Recht. Der US-geführte «Krieg gegen den Terror» kannte weder geographische Grenzen noch Grenzen, die die UN-Charta und das internationale Recht einem Staat und seiner Kriegsführung seit dem Ende

des Zweiten Weltkrieges setzten. Es ging nicht um «Terror», es ging um das Land, um die Rohstoffe, um die Seewege, um Kontrolle der Zielländer. Der «Krieg gegen den Terror» richtete sich gegen die Völker, und wer sich verteidigte, wurde als «Terrorist» gebrandmarkt und sanktioniert. Staaten, die vielleicht zur Kooperation bereit waren, nicht aber zur Unterwerfung, wurden «Schurkenstaaten». Das Kerngebiet dieses bis heute anhaltenden Krieges, Westasien, liegt zwischen dem östlichen Mittelmeer und der Persischen Golf-Region.

Die internationale Gemeinschaft muss Israel und die Vereinigten Staaten wegen ihrer systematischen Gesetzlosigkeit boykottieren, ihnen Investitionen entziehen

und Sanktionen auferlegen. Andernfalls machen wir uns alle mitschuldig an der Zerstörung des Völkerrechts.

Trump «verteidigt das amerikanische Volk» nicht, indem er den Iran angreift. Trump setzt das amerikanische Volk einem viel höheren Terrorismusrisiko aus und bringt die Welt an den Rand des dritten Weltkriegs. Als Amerikaner sage ich: «Nicht in meinem Namen».

Prof. DDr. Alfred de Zayas, 28.2.2026

des Zweiten Weltkrieges setzten. Es ging nicht um «Terror», es ging um das Land, um die Rohstoffe, um die Seewege, um Kontrolle der Zielländer. Der «Krieg gegen den Terror» richtete sich gegen die Völker, und wer sich verteidigte, wurde als «Terrorist» gebrandmarkt und sanktioniert. Staaten, die vielleicht zur Kooperation bereit waren, nicht aber zur Unterwerfung, wurden «Schurkenstaaten». Das Kerngebiet dieses bis heute anhaltenden Krieges, Westasien, liegt zwischen dem östlichen Mittelmeer und der Persischen Golf-Region.

Israel – ein mit dem Ersten Weltkrieg in Palästina errichteter zionistischer Siedlerstaat – wurde die «Kriegsmaschine», mit der die Region in einen «Grösseren Mittleren Osten» zugerichtet werden sollte. Schon vor dem Ersten Weltkrieg konnten die Zionisten ihre Interessen in Palästina den Grossmächten schmackhaft machen. Als «Jüdische Legion» in der Britischen Armee kämpften sie u. a. 1917 gegen die Osmanen und Deutschen in Gaza. Unter dem Britischen Mandat (1920–1948) kämpften sie als «Jüdische Siedlerpolizei» und mit zahlreichen Milizen gegen die Palästinenser. Deren Aufstand (1936–1939) gegen die zionistischen Siedler wurde blutig niedergeschlagen. Auch die Briten wurden von den zionistischen Milizen angegriffen. Als der schwedische UN-Diplomat Graf Folke Bernadotte 1948 in Begleitung des französischen Luftwaffenoberst André Serot im israelisch-arabischen Krieg im Auftrag der UN vermitteln sollte, wurden beide von der zionistischen *Lehi*-Miliz ermordet. Sie trugen Uniformen der neuen israelischen Verteidigungskräfte. Das war im September 1948, nach der einseitigen israelischen Staatsgründung (Mai 1948). Bernadotte gilt als der-

jenige, der die Grundlagen für das UN-Hilfswerk für die palästinensischen Flüchtlinge, UNRWA geschaffen hat. UNRWA wird heute von Israel und dem Schweigen seiner Verbündeten zerstört.

Als Menachem Begin, langjähriger Führer der zionistischen *Irgun*-Miliz, im Dezember 1948 als Vorsitzender der «Freiheitspartei» (*Herut*) in die USA reiste, um finanzielle Unterstützung für seine neue Partei einzuwerben, wandten sich u. a. Hannah Arendt und Albert Einstein in einem offenen Brief an die «New York Times» und protestierten. Die *Herut*-Partei erinnere «in Organisation, Methoden, politischer Philosophie und sozialem Auftreten an die Nazi- und faschistischen Parteien». Sie sei aus der ehemaligen *Irgun Zvai Leumi* entstanden, «einer terroristischen, rechten, chauvinistischen Organisation in Palästina». Die Unterzeichner erinnerten daran, dass die *Irgun* unter anderem für den Angriff auf das palästinensische Dorf Deir Yassin (9. April 1948) verantwortlich war, bei dem 240 Männer, Frauen und Kinder ermordet wurden. Deren Taten zeigten, was von ihnen als Partei zu erwarten sei. Aus der *Herut*-Partei wurde später die *Likud*-Partei. Deren Vorsitzender heisst seit Jahren Benjamin Netanyahu, dessen grosses Vorbild Menachem Begin ist.

banon, wo ich mich gerade befinde, sind sie auf sich gestellt. Die USA ziehen mehr als 50 Mitarbeiter aus ihrer Botschaft in Beirut ab, dafür werden immer mehr Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge im östlichen Mittelmeer aufgefahren. Berlin fordert die Deutschen auf, den Iran und Libanon zu verlassen.

«Das sind normale Sicherheitsvorkehrungen», sagt am Morgen ein Gesprächspartner, der ein Familienunternehmen führt. Die Regierungen wollten sich nur absichern. Natürlich redeten alle über die israelischen Drohungen gegen Libanon, fügt er auf meine Frage hinzu: «Wenn *Hizbullah* sich in den Krieg gegen den Iran einmischt, soll die zivile Infrastruktur des Landes zerstört werden». Wenn der Flughafen und die Stromversorgung zerstört werden, «war es das für uns», meint er. «Aber wissen Sie, alle hier wollen nur Frieden, keinen Krieg. Sie können jeden fragen, wir haben genug Krieg gehabt.»

Israel sei «eine Kriegsmaschine», so der Gesprächspartner. «Wenn kein Krieg ist, wissen sie nicht, was sie tun sollen, und die Wirtschaft stagniert.» Er verfolge die Börsenkurse, und als die Palästinenser am 7. Oktober «gemacht haben, was sie gemacht haben», seien die Kurse im Keller gewesen. Als Israel dann den Krieg gegen Gaza mit voller Wucht begonnen habe, seien die Kurse durch die Decke gegangen. Überall setze man jetzt auf Rüstung und Waffenproduktion, «und die Kurse steigen und steigen».

Ich erhalte eine Nachricht:

«24 F-16CJ *Wild Weasels* wurden gerade im Nahen Osten stationiert. Sie verstärken 6 landgestützte E/A-18G *Growler*. Die *USS Abraham Lincoln* verfügt ebenfalls über eine Staffel *Growler* (6–8). Diese Spezialflugzeuge werden zur Unterdrückung und Zerstörung feindlicher Luftabwehrsysteme eingesetzt.

Ein weiteres Geschwader von E/A-18Gs befindet sich an Bord der *USS Gerald R. Ford*, die in zwei bis drei Tagen eintreffen wird. Damit werden insgesamt etwa 40 US-amerikanische SEAD/DEAD-Plattformen in der Region stationiert sein. Dies ist eine aussergewöhnliche Flotte von speziellen SEAD/DEAD-Plattformen!

Darüber hinaus wurde eine beispiellose Anzahl bemannter und unbemannter ISR-Plattformen in der Region stationiert. Diese Flugzeuge dienen ebenfalls der Suche und Verfolgung von Luftabwehrinstallationen.

Seit letztem Sommer wird behauptet, dass Israel die iranische Luftabwehr vollständig zerstört habe und dass israelische Flugzeuge während des zwölfjährigen Krieges völlig ungehindert im iranischen Luftraum geflogen seien.

Wenn das stimmt, warum dann dieser riesige Einsatz von *Growler*-, *Wild Weasel*- und *ISR*-Flugzeugen in der Region nur wenige Monate später?

Es ist offensichtlich, dass die USA extrem besorgt sind über die Risiken, die von den iranischen Luftabwehrsystemen ausgehen, die Israel angeblich im letzten Sommer zerstört hat. Dies deutet darauf hin, dass die Militärs und Geheimdienste der USA und Israels ihren Bürgern eine Menge Desinformationen über die tatsächlichen Ereignisse während des zwölfjährigen Krieges zugespielt haben. Und es erklärt auch zumindest teilweise, warum die USA derzeit so grosse Zurückhaltung zeigen, eine gross angelegte Luftangriffskampagne gegen den Iran zu starten.»

Eine weitere Nachricht in meiner Mailbox berichtet, «Trumps Top-General warnt vor einem Angriff auf den Iran», so die Internetplattform *Axios*. Ein solcher Angriff sei

\* Karin Leukefeld ist Ethnologin, Islam- und Politikwissenschaftlerin sowie Historikerin. Seit 2000 arbeitet sie als freie Korrespondentin. Ihre Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten. Ihr neuestes Buch hat den Titel «Krieg in Nahost. Geopolitik, Verwüstung, Widerstand und Aufbruch einer Region» (Hintergrund-Verlag 2024).

# Die Ukraine, Russland und Europa nach vier Jahren Krieg

von Giuseppe Gagliano\*

Vier Jahre nach Beginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine ist das Kernproblem nicht mehr, wer Verhandlungen will, sondern wer strukturell in der Lage ist zu verhandeln. Jede ernsthafte Einigung müsste Fragen klären, die keine technischen Details, sondern Säulen der europäischen Sicherheitsordnung sind: Territorium, Neutralität oder Angliederung der Ukraine sowie die künftige Form und Grenzen der ukrainischen Streitkräfte. In diesen Punkten bleiben die Positio-

\* Giuseppe Gagliano ist ein italienischer Journalist, Geopolitik-Experte und Philosoph, der sich auf Wirtschaftsspionage, Konfliktanalyse und strategische Studien spezialisiert hat und für verschiedene italienische und internationale Medien schreibt. Er ist Präsident und Gründer des *Centro Studi Strategici Carlo De Cristoforis (Cestudec)* in Como und lehrt zudem an der Universität von Kalabrien und am *Istituto Alti Studi Strategici e Politici (IASSP)* in Mailand. Er hat zahlreiche Beiträge über Wirtschaftskriegsführung und die Rolle von Geheimdiensten in der modernen Politik veröffentlicht.

## «Erneut Krieg?! ...»

Fortsetzung von Seite 1

mit etlichen Risiken verbunden, man könnte in einen langen Konflikt verwickelt werden, sollen «zwei Quellen mit Kenntnis der internen Diskussionen» gesagt haben. Der Rest befindet sich hinter einer Bezahlschranke. Nach kurzer Recherche findet sich der Bericht beim katarischen Nachrichtensender *al-Jazira*. Der beruft sich auf die «Washington Post», die Recherche ist journalistische Alltagsarbeit. Trump weist den Bericht zurück.

## Verschiedene Welten

Während Politiker, Analysten und Medien rund um die Uhr die Möglichkeit eines neuen Krieges gegen den Iran erörtern, geht das Leben für die Menschen der Region weiter. «Libanon ist mit extremen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen konfrontiert», heisst es in einem Bericht. Die Inflation sei hoch, Arbeitslosigkeit ebenso, geringe Löhne und ein scharfer Anstieg der Preise insbesondere für Grundnahrungsmittel seien eine Herausforderung für jede Familie. Die Armut sei gross, Zugang zur Gesundheitsversorgung sei begrenzt. Bildung und Ausbildung seien durch hohe Schul- und Universitätsgebühren für viele nicht erschwinglich, zumal die Transportkosten für Schüler und Studierende immer weiter stiegen. Die politische Situation sei instabil und von täglichen «Drohungen gegen die Sicherheit» der Bevölkerung geprägt. Der Krieg 2024 habe die Krise verschärft.

So schwierig die Lage für die Libanesen sei, für die palästinensischen Flüchtlinge im Land sei es noch schwieriger, heisst es in dem Bericht weiter. Sie seien nahezu rechtlos. 80 Prozent von ihnen lebten in Armut, der Zugang zu Gesundheitsversorgung, öffentlicher Bildung und den Systemen der sozialen Sicherheit sei ihnen verwehrt. Sie seien in diesen Bereichen vollständig auf die UN-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge, UNRWA angewiesen. Deren Mittel aber seien enorm gekürzt, Dutzende LehrerInnen seien entlassen worden oder arbeiteten nur noch stundenweise.

Was palästinensische Flüchtlinge durchmachen, gilt inzwischen für viele Iraker, Syrer und Libanesen nahezu gleich. Während die Kurse der Rüstungs- und High-Tech-Unternehmen weltweit steigen, fehlt vielen das Brot zum Leben.

## Nun also Krieg gegen den Iran?!

Zurzeit läuft die dritte Runde indirekter Verhandlungen zwischen dem Iran und den USA in Genf, es ist Februar 2026. Vor einem Jahr, als noch die E3-Aussenminister aus Grossbritannien, Frankreich und Deutschland mit dem iranischen Aussenminister *Abbas Aragchi* in Genf verhandelten, war die Situation ähnlich. Der iranische Aussenminister zeigte sich damals gegenüber Journalisten vorsichtig optimistisch. Auf dem Rückweg hörte er – bei einem Halt in Istanbul –, dass Israel den Iran angegriffen habe. Mit Unterstützung der USA.

Und dieses Mal, wird es wieder Krieg geben?

Erstveröffentlichung <https://globalbridge.ch/there-will-be-no-war-es-wird-keinen-krieg-geben/> vom 27.2.2028. Dort finden sich auch die zahlreichen Links zu den Quellen.

nen grundsätzlich unvereinbar, da jede Seite einen Kompromiss als politische Niederlage betrachtet.

Europa befindet sich in einem Paradoxon. In den wichtigsten diplomatischen Kanälen wird es oft als nebensächlich behandelt, doch es trägt einen grossen und wachsenden Teil der wirtschaftlichen, haushaltspolitischen und politischen Last, die mit der Aufrechterhaltung des Krieges verbunden ist. Gleichzeitig vertreten die europäischen Staats- und Regierungschefs öffentlich eine Strategie der Ausdauer: den Druck hochhalten, bis Russland einknickt. Das Problem ist, dass Ausdauer kein Slogan ist, sondern eine Bilanz. Die russische Wirtschaft ist angespannt, aber sie bricht nicht zusammen. Wenn Moskau den Krieg weiter finanzieren kann, besteht die Gefahr, dass die Strategie des «Ausharrens bis zur Erschöpfung» zu einem langen, kostspieligen Patt führt, bei dem die Kosten von Europa getragen werden, während der Einfluss begrenzt ist.

Auf dem Schlachtfeld dominiert die Logik der Zermürbung als Systemstrategie. Das Ziel sind nicht nur Einheiten in den Schützengräben, sondern auch die Infrastruktur einer modernen Armee: Energieversorgung, Logistik, Eisenbahn, Reparaturzentren, Kommandozentralen, Depots. Angriffe auf die Stromversorgung sind nicht nur symbolisch. Sie verlangsamen die Industrie, stören die Kommunikation, verringern die Mobilität und untergraben die Fähigkeit, Truppen zu rotieren. Der kumulative Effekt ist eine Einschränkung der operativen Freiheit der Ukraine: weniger Reserven, schwierigere Bewegungen, langsamere Ersetzung von Verlusten, fragilere Kontinuität der Befehlswelt.

Die entscheidende Variable ist die Manpower. Wenn der Personalmangel zunimmt, wird eine Rotation unmöglich, die Ausbildung verkürzt sich, der Zusammenhalt schwächt sich ab, und Gegenangriffe werden lokal und sporadisch. Eine Armee kann den

Verlust eines Waffensystems überstehen. Sie kämpft jedoch ums Überleben, wenn gleichzeitig Personal, Energieversorgung und Logistik schwinden. Mit der Zeit verwandelt sich die Verteidigung in ein permanentes Notfallmanagement: Welcher Sektor soll zuerst verstärkt werden, wenn alle Sektoren unter Druck stehen?

Die südliche Achse verdeutlicht die Verschmelzung von militärischer und wirtschaftlicher Kriegsführung. Der Druck auf Häfen und Seeterminals ist nicht nur eine Frage der Geographie, sondern auch eine Frage der Einnahmen und des Überlebens. Der Zugang zum Meer ist eine wirtschaftliche Lebensader: Exporte, Devisen, Versicherungen, Lieferströme. Wenn die Hafenskapazität beeinträchtigt ist, reicht der Schaden über die Frontlinie hinaus bis in die finanzielle Stabilität, die Produktionsketten und die nationale Widerstandsfähigkeit hinein. Wenn der Krieg seinen operativen Horizont auf kritische Verkehrsknotenpunkte ausweitet, wird er zu einem Feldzug gegen die wirtschaftliche Lebensader des Landes ebenso wie gegen seine Streitkräfte.

Es ergeben sich drei wirtschaftliche Szenarien.

*Erstens:* Russland hält ein Kriegseffektivitätsgleichgewicht aufrecht. Es akzeptiert ein langsames Wachstum und grössere innenpolitische Verwerfungen, während es dem Militärbudget Vorrang einräumt, Handelswege anpasst und die Industrieproduktion an die Kriegsbedürfnisse anpasst. Das ist nicht schmerzfrei, kann aber dauerhaft sein, wenn das politische Ziel klar ist und der Staatsapparat kohärent bleibt.

*Zweitens:* Europa gerät in eine strategische Erschöpfung. Die Vorräte schwinden, die Produktion bleibt zu langsam, die Haushalte sind angespannt, und die öffentliche Meinung fragmentiert sich unter dem Druck der Inflation und konkurrierender innenpolitischer Forderungen. Die Kosten werden institutionell: Je länger der Krieg dauert, desto

mehr werden die internen Spaltungen und die strategische Abhängigkeit der EU offenbar.

*Drittens* läuft die Ukraine Gefahr, strukturell abhängig zu werden. Waffenlieferungen können die Verteidigung aufrechterhalten, aber ein Land braucht auch eine stabile Energieversorgung, Reparaturkapazitäten, Exportwege und langfristige wirtschaftliche Perspektiven. Ohne diese Faktoren wirkt die Unterstützung wie eine Infusion: Sie hält am Leben, aber sie baut nichts wieder auf.

Die geopolitische Schlussfolgerung ist unbequem. Zwischen Washington und Moskau wirkt Europa oft weniger wie ein Akteur, sondern eher wie ein Spielball: eine Rückzugsbasis, ein Zahler, eine politische Bühne, aber nicht der Tisch, an dem die entscheidenden Bedingungen festgelegt werden. Wenn Politik zu maximalistischer Rhetorik wird, hört sie auf, Politik zu sein, und wird zu einer Haltung.

Die Geoökonomie ist unerbittlich. Ein langer Krieg bedeutet Druck auf die Energiekosten, die Industrie, die öffentlichen Finanzen, die Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt. Er vertieft auch die Blockdynamik, in der jede militärische Entscheidung industrielle, technologische und finanzielle Abhängigkeiten mit sich bringt. In diesem Rahmen ist ein «ewiger Krieg» keine Strategie, sondern eine Falle.

Ein Frieden, der einer Kapitulation gleicht, ist politisch unmöglich. Ein Krieg ohne Ende ist materiell zerstörerisch. Zwischen beiden liegt ein schmaler Korridor: eine harte, unvollkommene Einigung, die auf einer realistischen Einschätzung der Kräfte und nicht auf Hoffnung basiert. Solange Europa seine politischen Narrative nicht an die Realitäten der Ausdauer anpasst, läuft es Gefahr, in der denkbar schlechtesten Position zu bleiben: ausserhalb des Entscheidungskreises, aber im Zentrum der Rechnung.

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

# Ein und derselbe Krieg

von Rafael Poch-de-Feliu\*



Rafael Poch-de-Feliu  
(Bild zvg)

Was wir derzeit in bezug auf den Iran, die Ukraine und Venezuela erleben, ist im Grunde genommen ein und derselbe Krieg. Sein Ziel ist es, den Niedergang der amerikanisch-westlichen Hegemonie in der Welt, die vor allem durch die zunehmende Stärke Chinas bedroht ist, militärisch zu verhindern. In der Ukraine geht es darum, Russland, einen wichtigen Partner Chinas, zu schwächen. In Venezuela geht es darum, China den Zugang zu wichtigen lateinamerikanischen Energievorräten und Ressourcen zu verwehren. Der Iran ist mit seinen Ost-West- und Nord-Süd-Energie- und Transportkorridoren das wesentliche Bindeglied der eurasischen Integration. Mit dem Iran soll das Gleiche geschehen wie mit Syrien: ein souveräner und unabhängiger Staat soll beseitigt und durch die übliche Mischung aus unterworfenem Regime und schwarzem Loch ersetzt werden.

Für den zweiten Angriff, der gegen den Iran vorbereitet wird, hat *Trump* ein Drittel seiner Flugzeugträgerkapazitäten eingesetzt. Es ist unvorstellbar, diesen extrem teuren Einsatz rückgängig zu machen, ohne ihn zu nutzen oder irgend etwas damit zu unternehmen. Vizepräsident *J.D. Vance* besuchte vor kurzem Armenien und Aserbaidschan, um ihre Unterstützung für den Angriff zu gewinnen. In der Türkei und vor allem in Saudi-Arabien, Katar, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten herrschen Besorgnis und Ablehnung gegenüber dem Risiko eines grossen regionalen

\* Rafael Poch-de-Feliu war von 1988 bis 2002 erster Auslandskorrespondent der katalanischen Tageszeitung «La Vanguardia» in Moskau und anschließend in Peking, Berlin und Paris. Er ist Autor mehrerer politischer Bücher und betreibt den Blog [rafael.poch.com](http://rafael.poch.com).

Krieges, von Washington und Israel geplant, da dieser ihre eigenen Energieanlagen beeinträchtigen könnte. Vieles wird von der militärischen Reaktionsfähigkeit des Iran abhängen, davon, welchen Schaden er dem Gegner zufügen kann.

Die Iraner erklären, dass sie entsprechend dem Umfang der gegen sie gerichteten Angriffe reagieren werden. Sie geben an, über weitaus grössere Raketenkapazitäten zu verfügen als im zwölf Tage dauernden Krieg im vergangenen Juni, als 45 ihrer Raketen das israelische Abwehrsystem überwandern, nachdem dessen Abfangkapazitäten erschöpft und überfordert waren. Neben den Vereinigten Staaten waren auch europäische Länder an diesem System beteiligt. Es ist nicht bekannt, ob das iranische Militär seitdem seine Luftabwehr wiederhergestellt und verbessert hat, ebenso wenig wie die Rolle, die dabei die Russen – die in der Ukraine zu beschäftigt sind – und vor allem die Chinesen, die stets Gegner allzu offensichtlicher Konfrontationen sind, gespielt haben könnten. Im schlimmsten Fall könnte der Iran die Strasse von Hormus sperren und eine ernsthafte internationale Öl- und Wirtschaftskrise auslösen. In der Region befinden sich einige Schiffe der russischen und chinesischen Marine, was die Risiken erhöht.

Zu Beginn des fünften Kriegsjahres sind die Verhandlungen in der Ukraine so unklar wie nie zuvor. Dass sich die USA, der wichtigste Akteur in diesem Krieg, als «Vermittler» präsentiert, ist allein auf die Befürchtung zurückzuführen, dass eine militärische Niederlage der Nato das Ansehen Washingtons untergraben könnte. *Trump* hat einen Teil der Last, nämlich die militärische Hilfe für Kiew, auf die Europäer abgewälzt, aber abgesehen vom finanziellen Aufwand bleibt sein Engagement unverändert. Die CIA und der britische MI6 sind weiterhin sehr aktiv, indem sie Ziele ausweisen und ukrainische Angriffe ermöglichen. Amerikanische und britische Flugzeuge fliegen weiterhin über das Schwarze Meer und leiten ukrainische Raketen gegen Gebiete im

russischen Hinterland, wobei die Zahl der zivilen Opfer kaum bekannt gegeben wird. Die militärischen Augen und Ohren Kiews bleiben weiterhin vom Westen bestimmt. Laut einem Bericht der «New York Times» unterstützte Washington auch im Januar Kiew weiterhin bei der Auswahl von Zielen in Russland und bei Angriffen auf russische Öltanker in der Ostsee, im Schwarzen Meer und im Mittelmeer, wobei *Trump* über diese Massnahmen informiert ist. Der Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, *Nikolai Patrushev*, hat damit gedroht, die schwache russische Marine zum Schutz seiner Handelsschiffe einzusetzen. Russland verfügt über umfangreiche nukleare Ressourcen, aber insbesondere in der Ostsee nur über sehr geringe Seestreitkräfte.

Nach dem freundschaftlichen Treffen zwischen *Putin* und *Trump* in Alaska im vergangenen August hat Washington keinerlei Zugeständnisse gemacht und auch nicht das geringste Zeichen einer Annäherung gezeigt. Es hat nicht einmal auf die russischen Vorschläge zur Verlängerung des START-Abkommens über die Begrenzung von Atomwaffen reagiert und seine wahnwitzige Entscheidung angekündigt, die Atomtests wieder aufzunehmen, was Russland zu ähnlichen Massnahmen veranlassen wird. Aus all diesen Gründen vertraut Moskau weder *Trump* noch auf Erfolg der Verhandlungen. Es spielt mit, weil es damit nichts verliert, ist sich aber bewusst, dass die Angelegenheit an der militärischen Front entschieden wird. Was die Europäer betrifft, so tun sie alles in ihrer Macht Stehende, um diese Farce zu torpedieren.

«Den maximalistischen Forderungen Russlands könne nicht mit einer minimalistischen Antwort begegnet werden», erklärt die stets überraschende EU-Aussenbeauftragte *Kaja Kallas*. In ihrem Forderungskatalog, der in einem am 20. Februar von *Radio Free Europe* zitierten Dokument enthalten ist, verlangt sie, dass Russland seine Truppen aus Weissruss-

Fortsetzung auf Seite 3

# Die überschuldete EU will nun die Bürger plündern

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e. V.



Eberhard Hamer  
(Bild zvg)

Die Vorgängerorganisationen der Europäischen Union (EU) sollten ursprünglich nur eine Handelsunion für Europa werden. Das hat sich radikal geändert. Heute greift die EU in fast alle Lebensbereiche ein – mit fatalen Folgen und ohne dazu legitimiert zu sein.

Die EU-Bürokratie hat sich über ihre bloss wirtschaftliche Aufgabe hinaus immer übergreifender neue Aufgaben gesetzt, welche die Mitgliedsstaaten geduldet und Souveränitätsrechte dafür geopfert haben:

- Sie hat durch den Euro eine gemeinsame Währung eingeführt, deren Zentralbank (Euro-Bank) Oberhoheit über die Nationalbanken bekam.
- Sie hat einen Europäischen Gerichtshof geschaffen, der sich als Obergericht über alle Mitgliedsstaaten aufspielt und mit Duldung der Mitgliedsstaaten sogar deren Verfassungen unter seine Rechtsprechung stellte.
- Die EU hat sich mit Geld und Waffenlieferungen «im Namen der Gemeinschaft» in den Ukraine-Krieg eingemischt und versucht, die Mitgliedsländer zum gemeinsamen Kampf gegen Russland zu mobilisieren, um damit Militärkompetenz über die nationalen Armeen zu erreichen. Sie hat es geschafft, dass der Ukraine-Krieg vom amerikanischen zum europäischen Krieg mit Russland wurde und von Europa bezahlt werden muss.

## Schuldenuion

Eigentlich hat die EU für alle diese Aufgaben kein Geld und darf nach Art. 310 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag) auch weder Schulden machen noch kreditfinanzierte Zuschüsse vergeben. Bei der Gründung der EU

## «Ein und derselbe Krieg»

Fortsetzung von Seite 2

land, Georgien, Armenien und Transnistrien abzieht. Nach dem Krieg müsse Moskau sich auf dem gleichen Niveau wie die Ukraine entwaffnen, Reparationen zahlen, für Kriegsverbrechen geradestehen und in Russland sogar Wahlen unter internationaler Aufsicht abhalten. Das heisst, die EU träumt weiterhin von der «strategischen Niederlage» Russlands, die sie zu Beginn des Konflikts ins Auge gefasst hatte, obwohl die militärische und wirtschaftliche Realität nicht so aussieht.

Die russische Delegation kam letzte Woche nach einem mehr als sechsstündigen Flug über die Türkei, das Mittelmeer und Italien in Genf an, weil Deutschland und Polen ihrem Flugzeug die Fluggenehmigung verweigert hatten.

Am 7. Februar wurde ein wichtiger Berater der russischen Verhandlungsdelegation, General *Wladimir Aleksejew*, stellvertretender Leiter des Militärgeheimdienstes, in seiner Moskauer Wohnung erschossen. Die Tat wird dem ukrainischen Geheimdienst zugeschrieben. Eine Staffel von F-16-Kampfflugzeugen, die von amerikanischen und niederländischen Soldaten gesteuert werden, unterstützt die angeschlagene Luftabwehr in Kiew, auch wenn US-Quellen behaupten, dass es sich dabei nicht um reguläre Soldaten, sondern um Söldner handelt. Vor diesem Hintergrund äussert der russische Aussenminister *Sergej Lawrow*, der vom Kreml von den aktuellen Verhandlungen abgezogen wurde, täglich seine Skepsis gegenüber diesen Verhandlungen. Die brutale russische Bombardierung der Energie-Infrastruktur, die die Zivilbevölkerung in vielen ukrainischen Städten der Kälte aussetzt, stösst auf allgemeine Ablehnung. Dieselbe Praxis wurde allerdings im Kosovo-Krieg 1999 vom berühmten Nato-Sprecher *Jamie Shea* am 29. Mai desselben Jahres auf einer Pressekonferenz in Brüssel gerechtfertigt – opportunistischerweise wurde dies inzwischen von der Webseite der Nato entfernt. •

Quelle: <https://ctxt.es/es/20260201/Firmas/52234/rafael-poch-guerra-venezuela-iran-eeuu-china-ucrania.htm> vom 23.2.2026

(Übersetzung Zeit-Fragen)

## Ja zur Bargeldinitiative: Volksabstimmung vom 8. März

ww. An vielen Orten auf der Welt macht sich die Bevölkerung Sorgen um ihr Geld. Professor *Hamer* schildert die alarmierende Finanzsituation in der EU – in den einzelnen Ländern und in der übergeordneten Organisation. Er analysiert die beunruhigenden Pläne von Brüssel, die in den Himmel wachsenden Schuldenberge «auf die Schnelle» abzubauen und dazu auch die Bürger zur Kasse zu bitten. – Die Situation in der EU ist wirklich besorgniserregend, schreibt nicht nur Professor *Hamer*.

Was heisst das für uns Schweizer? Sollen wir uns an die EU wirklich andocken und unser bewährtes politisches System aufgeben? In der Schweiz wird in wenigen Tagen – am 8. März – über die Bargeldinitiative abgestimmt. Die Volksinitiative will «echtes Geld erhalten – unabhängig von Strom, Netz und

Konzerninteressen, krisensicher und demokratisch beschlossen». Sie verpflichtet den Bund, die Versorgung mit Noten und Münzen dauerhaft sicherzustellen. Sie sind Teil unseres Alltages und unserer Identität. Der Gegenentwurf des Parlaments hält zwar fest: «Der Franken ist und bleibt die Währung der Schweiz.» Er lässt aber Fragen offen – vor allem hinsichtlich des digitalen Geldes.

Diese Abstimmung ist eine von vielen Abstimmungen zum Geldwesen, die seit 1848 stattgefunden haben. Sie gehören zu den insgesamt 700 Abstimmungen auf Bundesebene, die in dieser langen Zeit stattgefunden haben. Die direkte Demokratie hat massgeblich dazu beigetragen, dass es der Schweiz so gut geht (vergleiche dazu den Artikel auf Seite 6). – Wollen wir dieses Aufbauwerk vieler Generationen wirklich in Gefahr bringen?

wurde von allen Mitgliedsländern beschworen, dass diese keine «Euro-Bonds», keine eigene Verschuldung zu Lasten der Mitgliedsstaaten einführen dürfe. Auch diese Hürde hat aber die EU seit der Zustimmung von *Angela Merkel* immer wieder übersprungen. Um Staatsbankrotte in Griechenland, Irland und Portugal zu verhindern und in Finanzschwierigkeiten geratenen Mitgliedsstaaten Sonderkredite geben zu können, die natürlich dann EU-Gemeinschaftsschulden sind, wurde 2012 der ESM (*Europäischer Stabilitätsmechanismus*, in Wahrheit ein Europäisches Schuldenmonster) mit einer eigenen Behörde ohne Ausstiegsmöglichkeiten der Mitgliedsstaaten und einem Stammkapital von 708,5 Milliarden Euro gegründet.

Danach folgten als weitere gemeinsame Verschuldung der EU Rettungsfonds mit 188,2 Milliarden Euro, die EU-Kurzarbeiterhilfe, das «Next Generation Programm», eine EU-Kurzarbeiterhilfe (SURE) mit 98,4 Milliarden Euro, eine «Ukraine Facility» mit 150 Milliarden Euro zur Finanzierung des Ukraine-Kriegs (meist auf Anregung Frankreichs, aber mit Zustimmung Deutschlands) – ohne die eigentlich damit zusammenhängenden Nato-Beiträge von 5 % des BIP, welche allein für Deutschland jährlich 220 Milliarden Euro Zahlungspflichten auslösen.

Obwohl also eine Verschuldung der EU satzungsmässig und rechtlich verboten ist, hat die EU trotzdem mit Zustimmung der Mitgliedsländer inzwischen mehr als 3 Billionen Euro Schulden übernommen – mit steigender Tendenz.

Die EU ist so von einer segensreichen Wettbewerbsorganisation eigentlich satzungsmässig illegal, aber durch Zustimmung von Merkel und Co. zu einer faktischen Schuldenuion geworden. Diese Schulden sind durch die Mitgliedsbeiträge nicht mehr rückzahlbar und eine immer grössere Gefahr für den Bestand der EU überhaupt.

Nicht nur die EU ist überschuldet, auch viele EU-Staaten sind es, z. B. Griechenland (150 % des BIP), Italien (130 % des BIP) und die meisten anderen Staaten Europas und seit *Friedrich Merz* auch Deutschland. Immer musste bisher die EU mit «Rettungsschirmen» – eine Haftungs- und dann Schuldenübernahme der unsoliden Länder, das zunehmende Schuldenkonstrukt der EU durch Finanzhilfen an die zusammenbrechenden Mitgliedsländer – die EU und den Euro retten. Die EU und deren Mitgliedsstaaten stürzen sich also gemeinsam in immer höhere, nicht mehr bezahlbare Verschuldung.

## Die Rettung der EU-Verschuldung: das Vermögen der Bürger

Inzwischen ist die Verschuldung der EU und ihrer Mitgliedsländer so gross, dass dies durch die klassischen Schuldentrückzahlungsmöglichkeiten wie Einsparungen, Steuererhöhungen oder Kreditaufnahme nicht mehr lösbar ist. Die Schuldenexplosion treibt zum Crash des Euro-Systems und damit auch der EU.

In dieser verzweiferten Situation kann ein Zusammenbruch (Crash) nur noch durch zwei brutale Vermögenseingriffe auf die Bürger abgeschoben werden:

1. Die Entwertung der Geldvermögen und
  2. Enteignungen auch von Sachvermögen.
- Zu 1: Eine Entwertung des Geldvermögens wird von der EU bereits vorbereitet. Die Europäische Zentralbank will 2029 auf den «Digitalen Euro» umstellen, was nichts anderes besagt, als dass dann die Bargeldwährung abgeschafft und eine neue, in der Willkür der Zentralbank liegende Digitalwährung eingeführt werden soll. Eine solche Umstellung wird üblicherweise auch mit Abwertung verbunden.

In den bisherigen Währungsreformen wurde in Frankreich um jeweils 10%, in Deutschland 1948 sogar um 90 % abgewertet, was nichts anderes besagt, als dass die Währungsguthaben der Bürger diese Prozentsätze an Wert verlieren, der Staat aber als Schuldner um diesen Prozentsatz entlastet wird.

Auf dem Wege zur Währungsreform entsteht meistens eine sich beschleunigende Inflationsstrecke, weil die Menschen dem Geldwert nicht mehr trauen bzw. die Geldmenge so stark erhöht wird, dass ihr Wert entsprechend sinkt.

Wichtig erscheint für die Bürger der EU, dass die Euro-Bürokratie mit der Umstellung auf den digitalen Euro offen die Absicht bekundet, eine Währungsreform durchzuführen und damit das Finanzvermögen der Bürger zu eigenem Vorteil um den Abwertungssatz zu vernichten.

Unser Finanzvermögen ist deshalb direkt durch die EU gefährdet. Das gilt nicht nur für Barguthaben, sondern auch für Rentenansprüche, Aktien, Schuldverschreibungen, Grundschulden und alle anderen nominellen Werte.

Wir müssen also mit einem radikalen Schnitt aller Geldwerte rechnen, um die eigentlich illegalen Schulden der EU – und auch der Mitgliedsländer – aus dem eigenen Finanzvermögen jedes Bürgers wieder abzutragen.

Zu 2: Die EU will aber auch an unser Sachvermögen. Als in Deutschland 1948 die Kriegsschulden durch Währungsreform reduziert wurden, wurde auch ein «Lastenausgleich» zur Belastung des Immobilienvermögens «aus Gerechtigkeitsgründen» eingeführt: der Lastenausgleich, mit dem zwangsweise alle Grundstücke mit staatlichen Grundschulden belastet wurden.

Die EU plant ihren Raubzug noch weiter: Sie will auch das bewegliche Vermögen der Bürger belasten bzw. enteignen. Dazu hat sie 2024 eine neue Behörde, die *Anti Money Laundering Authority* (AMLA), in Frankfurt angesiedelt. Angeblich dient diese Behörde der Bekämpfung der Geldwäsche. In Wirklichkeit aber soll sie ein Vermögensregister jedes einzelnen Bürgers der EU anlegen. Durch ihre räumliche Nähe zur Euro-Bank soll damit das Finanzvermögen jedes einzelnen Bürgers leicht ermittelt, kontrolliert und der EU-Behörde zu Plünderungszwecken gemeldet werden können.

## Die Falle: digitales Geld

Wenn nur noch digitales Geld besteht, hat die Zentralbank die alleinige und totale Kontrolle über das Finanzvermögen jedes einzelnen Bürgers der EU, kann also die EU mit Hilfe ihrer AMLA Finanzvermögen nicht nur

generell für alle Bürger in der EU reduzieren, sondern auch speziell politische Missliebigkeit, Opposition oder «falsches Denken» mit Geldentzug bis zur Kontosperrung bestrafen.

Damit aber auch die Sachvermögensbesitzer zwangsweise zur Schuldenbereinigung der EU mitbeitragen müssen, soll die AMLA über jedes einzelne Vermögen jedes EU-Bürgers ein Vermögensregister anlegen.

Dafür hatte sich die EU-Kommission schon 2021 eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen, welche bescheinigte, dass ein solches Vermögensregister grundsätzlich machbar sei, so dass die Vermögensverhältnisse der Bürger grenzüberschreitend transparent würden und abgerufen werden können. Nichts soll den Behörden mehr verborgen sein. Angeblich soll nach der EU-Richtlinie 2024/1260 damit nur die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten und deren Erträge für Kriminelle abgeschöpft werden können. Tatsächlich aber kann das Vermögensregister einem neuen Lastenausgleich dienen, um die Sachvermögen ebenso für die Staatsschulden heranzuziehen wie die Inflation und Währungsreform die Geldwerte dann entwertet hat. Praktisch soll die AMLA ein zentrales Vermögensregister erstellen, um die Vermögenswerte der Bürger zu erfassen, so dass es im Falle eines EU-Entschuldungsprogrammes nur eines Mausklicks bedarf, um jeden einzelnen Bürger hinsichtlich seines Vermögens zu entreichern, zu plündern. Die entsprechenden Informationen für das Vermögensregister sollen aus sämtlichen Informationen der Behörden digital zusammengeführt und durch einen Fragebogen für jeden Bürger ergänzt werden, bei dem hohe Strafen für Falschangaben drohen.

Dieses Zwangs-Vermögensregister gilt nicht nur für natürliche Personen, sondern auch für Stiftungen und juristische Personen, also für das Sachvermögen jeder Person in der EU.

Die Europäische Zentralbank als Zentralbank der Digitalwährung und AMLA als zentrale Vermögensinformation aller Sachvermögen können also gemeinsam (2029?) die totale Plünderung aller EU-Bürger an Finanz- und Sachvermögen durchführen.

So jedenfalls die Pläne.

Wie können wir dem entgegen?

Die Schwachstelle der Euro-Plünderung durch die EU ist weniger das Finanzsystem, welches total von der EU zentralisiert werden kann; die Probleme werden auf der AMLA-Seite bei der Ermittlung des Sachvermögens auftreten.

Es gibt eine Menge Schlupflöcher und auch rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten, das Vermögen künstlich zu reduzieren.

Was bleibt, ist, dass die EU sich hemmungslos und illegal verschuldet, dafür keine eigenen Steuern und Einnahmen hat, also ihre Schulden bei den Bürgern in Europa durch Plünderung von deren Finanz- und Sachvermögen abladen muss.

## Von der Wohltat zur Plage

Hätten die herrschenden Parteien nicht jede Kritik an der EU verhindert, deren illegale Verschuldung nicht akzeptiert und auch die Übernahme der jährlichen Hilfszahlungen für die überschuldeten Mitgliedsstaaten nicht akzeptiert, würde die EU nicht überschuldet und konkursreif sein, würde der Bürger vor ihrem Zugriff geschützt geblieben sein.

Unsere Politiker sind selbst schuld, dass nun die EU nach unserem Vermögen greift und mit Zustimmung unserer nationalen Politiker greifen darf.

So wurde die EU von der Wohltat (Handel) zur Plage, vom wirtschaftlichen Nutzen durch Übergriffigkeit ihrer Bürokratie zur Gefahr und zum Schaden für jeden besitzenden Bürger.

Denn bei privater Überschuldung bleibt dies ein Problem zwischen Schuldner und Gläubigern. Bei staatlicher Überschuldung dagegen sorgt die internationale Finanzwelt immer dafür, dass nicht sie als Gläubiger verliert, sondern die Bürger allein den Schaden zu tragen haben, also ausgeplündert werden müssen.

Die EU bereitet diese Plünderung im Auftrag dieser Finanzwelt gerade vor. Der Termin 2029 ist nicht zufällig, weil die EU gerade wieder 90 Milliarden Ukraine-Schulden gemacht hat und auf Grund ihrer Überschuldung selbst auch zahlungsunfähig zu werden droht. •

# «Das Schlimmste, was man tun kann, ist, gar nichts zu versuchen»

## Expertenrunde «Sanktionen gegen Einzelpersonen – was lässt sich tun?»

Der Deutsche Bundestag hat am 15. Februar ein neues «Gesetz zur Anpassung von Straf-tatbeständen und Sanktionen bei Verstössen gegen restriktive Massnahmen der Europäischen Union» beschlossen. Verstösse gegen Sanktionen wurden bislang als Ordnungswidrigkeiten behandelt – ab jetzt stehen sie, zumindest in Deutschland, unter Strafe. Währenddessen häufen sich international Proteste, die das gesamte EU-Sanktionsregime deutlich verurteilen. Befeuert wurde die öffentliche Diskussion durch die vom Europäischen Rat verhängte Sanktionierung des renommierten ehemaligen Schweizer Obersten im Generalstab und strategischen Analysten Jacques Baud am 15. Dezember 2025. (Zeit-Fragen hat mehrfach darüber berichtet.) Betroffen sind aber auch viele andere Einzelpersonen. (Die EU hat nach eigenen Angaben insgesamt über 2500 Einzelpersonen und Organisationen sanktioniert und mehr als 28 Milliarden Euro an privaten Vermögenswerten in der EU eingefroren.)

Es kann nicht oft genug betont werden: Sanktionen ohne UN-Sicherheitsratsbeschluss sind illegal. Sanktionen gegen Einzelpersonen sind extralegal, vom EU-Rat beschlossen und von der EU-Kommission

ausgeführt. Sie sind ein Willkürakt und ein Dolchstoss für die Meinungsfreiheit, bar jeder Rechtsstaatlichkeit. Die Konsequenzen für die Sanktionierten: Sperrung/Kündigung der Bankkonten, Reiseverbot innerhalb der EU; wer mit Sanktionierten Geschäfte abschliesst oder ihnen hilft, macht sich strafbar.

Der österreichische Publizist und Verleger Hannes Hofbauer hat ganz neu ein Buch zum Thema verfasst: «Alle Rechte beraubt. Mit aussergerichtlichen Sanktionen zum autoritären Staat». Er schreibt im Vorwort: «Der Abschluss des Buchmanuskripts erfolgte Anfang 2026, als mit Jozef Hambalek, Alina Lipp, Thomas Röper, Hüsein Dogru, Nathalie Yamb, Xavier Moreau und Jacques Baud sieben Europäer – davon zwei SchweizerInnen – gelistet waren. Es steht zu befürchten, dass es im Angesicht des antirussischen Furors der EU-europäischen Verantwortlichen nicht die letzten waren. [...] Die ohne rechtliche Verfahren verhängten Personensanktionen sind Ausdruck eines offiziell – noch – nicht verhängten, aber für die betroffenen Menschen existierenden Ausnahmezustandes; und sie sind ein erster Schritt in Richtung Kriegsrecht. Dies zu verhindern, sehe ich als allgemeine gesellschaftliche Aufgabe.»

Nach zahlreichen Protesten gegen die Listung wird jetzt daran gearbeitet, welche rechtlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten es gibt, dem Treiben des Sanktionsregimes ein Ende zu setzen.

Der in Japan lebende Schweizer Neutralitätsforscher Pascal Lottaz ist einer von denen, die handeln. In seinen Podcasts lässt er immer wieder Experten zu Wort kommen, um interdisziplinär ein Bild der rechtlichen Lage und der Möglichkeiten zu erarbeiten, was man tun kann, um sich gegen die Sanktionierung, hier im Falle von Jacques Baud, zu wehren. Es ist Lottaz hoch anzurechnen, dass er diesen Erarbeitungsprozess öffentlich und damit für jeden nachvollziehbar macht. Um so wichtiger, wenn man berücksichtigt, dass auf die Frage von Florian Warweg in der Bundespressekonferenz am 19. Dezember 2025: «Entspricht es tatsächlich der aktuellen Haltung der Bundesregierung, dass man renommierte Militäranalysten wie Baud umfassend sanktioniert und massiv in deren Grundrechte eingreift, nur weil man deren Analysen zum Ukraine-Krieg inhaltlich nicht teilt?», der Sprecher des Auswärtigen Amtes antwortete: «Das ist an diesem Montag gesche-

hen, das wird auch weiterhin geschehen, das ist in der Vergangenheit geschehen, und alle, die auf diesem Feld unterwegs sind, müssen damit rechnen, dass es auch ihnen passieren kann.» (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz-2748626>).

Am 6. Februar veröffentlichte Lottaz einen Video-Beitrag mit einer Expertenrunde zum Thema «Sanktionen gegen Einzelpersonen – Was lässt sich tun?». Teilnehmer dieser Runde waren Professor Jeffrey Sachs, Dr. Alexandra Hofer (Sanktionsanwältin) und Roberto Zamora (der Anwalt, der in Costa Rica bewirkte, dass sich das Land aus der Koalition der Willigen, die Krieg gegen den Irak führte, zurückzog, indem er Costa Rica erfolgreich vor dem Obersten Gerichtshof verklagt hatte). Beide sind auf dem Gebiet des Völkerrechts und der Menschenrechte tätig.

Im folgenden veröffentlichen wir – sprachlich überarbeitet – Auszüge aus dieser Expertenrunde. Die gesamte Diskussion und das Transkript finden Sie unter: <https://www.youtube.com/watch?v=9A0r8C9r0sg>.

Eva-Maria Föllmer-Müller

Roberto Zamora: [...] «Ich halte diese Sanktionen für illegal – in dem Sinne, dass ihnen nach EU-Recht die Grundlage fehlt. Aus einer rein menschenrechtlichen Perspektive ist das sehr besorgniserregend. Meiner Ansicht nach verstoßen diese Sanktionen gegen eine ganze Reihe von menschenrechtlichen Bestimmungen. Sie zeigen ausserdem eine Nichterfüllung mehrerer Verpflichtungen, die die EU eingegangen ist. So heisst es beispielsweise in Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union, dass die Europäische Union der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten muss – was bislang nicht geschehen ist. Dennoch gibt es die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union, die festlegt, dass die Anwendung der Menschenrechte innerhalb der Tätigkeiten der EU zwingend und verbindlich ist. Was ich beobachte, ist das Aufkommen eines Regimes, das in sehr, sehr besorgniserregender Weise in Richtung Absolutismus – Totalitarismus – tendiert, wenn es um die Menschenrechte geht.»

### US-amerikanische und EU-Sanktionen

Jeffrey Sachs: «Für die USA würde ich sagen, dass in den letzten 20 Jahren eine regelrechte Abhängigkeit von Sanktionen entstanden ist – gegen Einzelpersonen, bestimmte Unternehmen und Regierungen –, als wäre dies ein neu entdecktes Instrument der Staatskunst. Besonders nach dem 11. September stellte die US-Regierung fest, dass Sanktionen ein sehr billiges, schnelles und flexibles Mittel waren, um – ohne öffentliche Kontrolle, ohne Aufsicht des Kongresses und ohne Erklärungsbedarf – wirtschaftliche und allgemein geopolitische Kriegsführung zu betreiben. In diesem US-amerikanischen Kontext sollten die persönlichen Sanktionen gesehen werden. [...]

Wir befinden uns also in einer surrealen Blase, in der Sanktionen unbeschränkte Machtinstrumente sind – weder durch Gesetze, noch durch irgendeine Form parlamentarischer Kontrolle oder öffentliche Debatte eingeschränkt. Und genau deshalb sind sie so wirksam, weil wir in einer Welt des Machtmissbrauchs durch die Exekutive leben. Und dafür sind sie nützliche Werkzeuge.»

### Jacques Baud

Jeffrey Sachs: «Was ich gerne verstehen würde, betrifft den Fall Jacques Baud. Er ist ein sehr ernsthafter Analyst, eine äusserst angesehene Persönlichkeit, tatsächlich einer der erfahrensten Menschen weltweit in bezug auf den Krieg in der Ukraine. Das ist kein hitzköpfiger Provokateur; das ist ein aussergewöhnlich intelligenter Mensch. [...] Es ist völlig schockierend, denn Herr Baud ist eine äusserst sorgfältige und detailorientierte Person. Er ist schliesslich Schweizer – bei allem Respekt. Das bedeutet, er ist gründlich, vor-



sichtig, er legt Beweise vor. Also, was ist hier eigentlich passiert?»

[...]

Alexandra Hofer: «[...] Es ist im wesentlichen der Rat der EU, der diese Personen auf die Liste setzt. Also die Minister jedes Mitgliedsstaats, und es muss eine einstimmige Entscheidung sein. Es ist durchaus möglich, dass ein bestimmter Mitgliedsstaat nicht mochte, was Herr Baud gesagt hat –, das ist nur eine Vermutung. Sie setzten ihn auf die Liste, und dann ... sagte einfach niemand etwas. Vielleicht wissen sie gar nicht genau, wer Herr Baud ist. Es hängt wohl davon ab, welchen Informationsquellen sie folgen.»

Pascal Lottaz: «Dies ist der tatsächliche Eintrag zu Herrn Jacques Baud: Jacques Baud, ehemaliger Oberst der Schweizer Armee und strategischer Analyst, ist regelmässig Gast in prussischen Fernseh- und Radioprogrammen. Er fungiert als Sprachrohr für prorussische Propaganda und verbreitet Verschwörungstheorien, indem er beispielsweise die Ukraine bezichtigt, ihre eigene Invasion herbeigeführt zu haben, um der Nato beizutreten. Daher ist Jacques Baud für Handlungen oder politische Massnahmen, die der Regierung der Russischen Föderation zuzurechnen sind und die die Stabilität oder die Sicherheit in einem Drittland (Ukraine) untergraben oder bedrohen, durch die Beteiligung am Einsatz von Informationsmanipulation und Einflussnahme verantwortlich, setzt diese um oder unterstützt sie.» Das ist der gesamte Abschnitt. [...]

Einer der Hauptpunkte ist, dass diese Listungen Exekutiventscheidungen des Rates sind und dass der EU-Gerichtshof sie eigentlich nicht wirklich anfasst. Er prüft nur, ob sie sachlich korrekt sind oder nicht. Aber was die Begründungen betrifft, die die EU für ihre Aufnahme anführt, überlässt sie dem Rat, der dafür verantwortlich ist, Bedrohungen für die EU festzustellen. Wir befinden uns also in einem Umfeld von nationaler Sicherheit und

Aussenpolitik, in der Aussenpolitik dazu genutzt wird, gegen Personen vorzugehen, die der Staat als Feinde einstuft.»

Jeffrey Sachs: «Das sind Taktiken eines Polizeistaats. Das ist nichts, was ich bisher mit der EU in Verbindung gebracht hätte, ehrlich gesagt, und ich bin ziemlich schockiert darüber. Über die Vereinigten Staaten bin ich weniger schockiert, weil ich weiss, dass wir ein Regime haben, das ein Sicherheitsstaat ist und im Moment alles tut, um Opposition zu unterdrücken. Wenn ich dich richtig verstanden habe, Pascal, ist mindestens eine der Personen auf der Liste ein deutscher Staatsbürger. In den Vereinigten Staaten betrafen die Sanktionen bisher überwiegend Nicht-US-Bürger. Ich kenne tatsächlich keinen einzigen Fall, in dem es sich um einen US-Bürger handelt – aber ich behaupte das nicht als gesicherte Information; das ist nur mein begrenzter Eindruck. Doch in der EU richten sich die Sanktionen nun auch gegen europäische Bürger wegen ihrer Äusserungen. Ich dachte, es gäbe in Europa gewisse Normen, dass man etwas daraus gelernt habe und dass Prozesse geschaffen worden seien – und dass [...] so etwas in Europa nicht passieren würde. Ich bin nicht naiv, was die Schwächen der europäischen Aussenpolitik betrifft; das ist allgemein bekannt. Aber die Vorstellung, dass man in Europa Menschen auf eine Liste setzt, nur weil sie ihre Meinung äussern und die europäische aussenpolitische Sichtweise nicht teilen oder weil sie in einem Punkt der russischen Perspektive zustimmen, ist für mich, ehrlich gesagt, erstaunlich. Es geht dabei ja nicht um Verrat oder Aufruhr. Es geht um Äusserungen von Analysten.

Und noch einmal: Herr Baud – er ist ein Analyst. Man sagt, er implementiere etwas. Er implementiert gar nichts. Ich dachte auch, man könne in einem Sender auftreten, ein Interview geben, über weltweite Themen sprechen. Ich wusste nicht, dass es aus Sicht der EU Orte gibt, an denen man sprechen darf,

und andere, an denen man es nicht darf. Auch das finde ich ziemlich erstaunlich.»

Pascal Lottaz: «Ja, genau. Ich meine, das sind die Dinge, mit denen sich die EU jetzt beschäftigt – nun ja, die Sache ist, sie erklären es nicht für strafbar. Das würde bedeuten, den parlamentarischen Prozess zu durchlaufen und tatsächlich ein Gesetz dazu zu erlassen. Sie sagen einfach, diese Handlungen seien illegal. Und selbst wenn es Propaganda ist, gibt es kein Gesetz gegen Propaganda.»

Jeffrey Sachs: «Du darfst das tun. Es ist so ... nun ja, es ist schlimmer, weil hier eine Tätigkeit kriminalisiert wird, ohne sie kriminell zu nennen, aber sie zerstört das Leben der Menschen – sie zerstört ihre Möglichkeit, für Essen, für Gesundheitsversorgung, für Mobilität zu bezahlen. Es ist absolut grotesk.»

Roberto Zamora: «Ich denke, es erfordert ein hohes Mass an Kreativität und eine tiefgehende Analyse des Umfangs und der Art der Sanktionen, denn die Sanktionen beschränken – über die Verletzung der verfahrensrechtlichen Grundrechte hinaus – die persönliche Freiheit, die Gedankenfreiheit, die Meinungsfreiheit, das Eigentumsrecht und die Bewegungsfreiheit. Aber es gibt noch ein

Fortsetzung auf Seite 5

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,  
Ethik und Verantwortung,  
für die Bekräftigung und Einhaltung  
des Völkerrechts, der Menschenrechte  
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: [redaktion@zeit-fragen.ch](mailto:redaktion@zeit-fragen.ch)

[abo@zeit-fragen.ch](mailto:abo@zeit-fragen.ch)

Internet: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: PostFinance BIC POFICHBEXXX

IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH

IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2026 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlags oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.

## «Das Schlimmste, was man tun ...»

Fortsetzung von Seite 4

weiteres Element, das ich sehe: Es gibt keine zeitliche Begrenzung der Sanktionen. Niemand weiss, wie lange sie andauern werden. Soweit ich verstanden habe, gibt es alle zwölf Monate ein Überprüfungsverfahren, aber sie können einfach fortgesetzt werden.

**Sanktionen – eine Form der Folter**

Meiner Ansicht nach ist das ein bisschen wie bei der Todesstrafe, wo argumentiert wurde, dass einige Häftlinge jahrelang in der Todeszelle sitzen, ohne zu wissen, wann sie hingerichtet werden – und diese Situation wurde als Folter betrachtet. Wenn man also all diese Verstösse zusammennimmt und sieht, dass diese Menschen eigentlich nicht essen, nicht kommunizieren, sich nicht bewegen, keine Miete zahlen können und deshalb auf den guten Willen von Nachbarn und Freunden angewiesen sind, um zu überleben, dann klingt das für mich nach erniedrigender Behandlung oder Folter. Aus menschenrechtlicher Perspektive, wenn man alle Teile zusammennimmt, foltert die EU sie. Und wenn man Folter analysiert, ist das Verbot der Folter eine Regel des *jus cogens* – sie steht an der obersten Stufe der Hierarchie der Regeln im Völkerrecht.

Das einzige rechtliche Mittel, das diesen Menschen zur Verfügung steht, um zu versuchen, Einspruch zu erheben und ihr Leben zurückzubekommen, besteht darin, sich an den Gerichtshof der Europäischen Union zu wenden. Ich würde nicht nur die einzelnen Verstösse gegen das Völkerrecht, insbesondere gegen das Menschenrechtsregime, betrachten, sondern sie zusammenfassen und diese Sanktionen als eine Form der Folter anfechten. Ich fände es sehr interessant zu sehen, wie der Europäische Gerichtshof die Sanktionen versteht, wenn sie unter einer solchen Begründung eingeordnet werden. Ich würde sogar vorschlagen, dass sie sich an die zuständigen UN-Gremien wenden – etwa an den Sonderberichterstatter für Folter – und dort eine Beschwerde einreichen. Sie sollten jeden einzelnen verfügbaren Rechtsmechanismus nutzen, den das Gesetz bietet, mit vollem Verständnis dafür, was diese Sanktionen im Leben dieser Menschen anrichten, über die konkreten Verstösse hinaus.»

[...]

**Pascal Lottaz:** «Welche Gremien könnten genutzt werden, um politischen Druck zu erzeugen? Nehmen wir den UN-Sicherheitsrat. Er ist oft wirkungslos, weil er blockiert ist, aber er diskutiert Themen, und diese Diskussionen werden übertragen. Wie könnten die Vereinten Nationen von Menschenrechtsaktivisten genutzt werden, um auf Menschenrechtsverletzungen wie diese aufmerksam zu machen?»

**Der Widerspruch eines einzigen EU-Staates genügt**

**Jeffrey Sachs:** «Ich hatte eine andere Idee, die ich ansprechen wollte, nämlich: Wenn diese Massnahmen angeblich einstimmig vom Rat beschlossen werden, warum nicht einen der 27 Mitgliedsstaaten gezielt ansprechen und

sagen: «Wir lehnen das ab»? Wäre das ausreichend? Denn es gibt eine Reihe von Regierungen in Europa, die gegen die vermeintliche europäische Aussenpolitik sind – sagen wir einfach, gegen die Politik der Europäischen Kommission. [...] Wäre das also ein anderer Ansatz? Mir fallen natürlich die Slowakei, Spanien, Ungarn und andere ein, die sich vehement gegen die Art und Weise ausgesprochen haben, wie sich das Sanktionsregime gegen Russland entwickelt hat oder wie sich der Krieg in der Ukraine entwickelt hat oder wie die palästinensische Frage behandelt wurde. Könnten wir also eine dieser Regierungen gezielt ansprechen und fragen: «Warum seid ihr an dieser Liste mitschuldig? Würde das funktionieren?»

[...]

**Alexandra Hofer:** «Ja, ich denke, Ungarn droht zum Beispiel manchmal damit, in bezug auf das Sanktionsregime gegen Russland auszusteigen. Wenn also eines der Länder seine Stimme zurückhält, wird die Listung tatsächlich nicht verlängert. [...] Ich denke, ja, das könnte ein möglicher Weg sein. Es wäre eher ein politischer als ein juristischer Ansatz.»

**Jeffrey Sachs:** «Einstimmigkeit ist schwer zu erreichen, besonders wenn man etwas Fales tut, so wie es die Kommission oder der Rat tun. Deshalb würde ich versuchen, diese Einstimmigkeit in Europa zu durchbrechen.»

[...]

**Roberto Zamora:** «[...] Keines der einzelnen Mitglieder der Europäischen Union kann Sanktionen in der Weise verhängen, wie es die Union derzeit tut. Weil sie Mitglieder der *Charta der Grundrechte der Europäischen Union* sind und in ihren Verfassungen diese Verpflichtungen festgeschrieben haben – dass solche Verwaltungsmassnahmen ohne ein ordnungsgemässes Verfahren nicht stattfinden dürfen. Kann das eine innerstaatliche Herausforderung sein? Verlassen sich die EU-Staaten auf ein von ihnen selbst geschaffenes Organ, um einen Rechtsbetrug zu begehen, indem sie etwas tun, was sie in ihrer eigenen Rechtsordnung sonst nicht dürften? Ich meine, wenn ich es nicht tun darf und du es nicht tun darfst, dann lässt uns eine Organisation schaffen, die unsere Verpflichtungen umgehen kann, damit wir mit diesen illegalen Massnahmen fortfahren können. Und ich finde, das ist ein sehr, sehr interessantes Argument, das vor nationalen Gerichten vorgebracht werden könnte – dass Staaten einen Betrug am Völkerrecht begehen, indem sie die EU schaffen und durch die EU Dinge tun, die sie innerstaatlich nicht tun dürften.»

**Pascal Lottaz:** «[...] Deutsche Aktivisten, mit denen ich gesprochen habe, argumentierten, dass es einen enormen Einfluss auf diese Frage hätte, wenn auch nur ein einziges UN-Mitglied in der Generalversammlung eine Resolution einbringen würde, die den UN-Gerichtshof, den IGH, um eine Überprüfung der Gültigkeit des EU-Anspruchs bittet, dass EU-Recht Vorrang vor nationalem Recht habe. Hältst du es für realistisch, dass ein UN-Mitglied eine solche Resolution vorschlagen könnte, die möglicherweise 50 % Unterstützung findet und den IGH dazu ver-



ISBN 978-3-85371-556-7

anlasst, den Anspruch zu prüfen, dass EU-Recht nationales Recht überlagert?»

**Jeffrey Sachs:** «Ich denke, wenn es eng gefasst und auf dieses Thema konzentriert wäre, wäre es möglich. [...] Es sollte möglich sein, die Staaten für die Frage der Sanktionslisten zu interessieren, weil der grösste Teil der Welt am Ende von den US-amerikanischen und europäischen Sanktionen betroffen ist. Jedes Jahr stimmt die Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit dagegen. Tatsächlich sind es die USA und Europa, die Sanktionen unterstützen, während der Rest der Welt sagt: «Nein, was ihr tut, ist falsch.» Daher ist es durchaus machbar, in der Generalversammlung etwas zu behandeln, das sich mit diesem speziellen Thema befasst – nämlich, dass diese individuellen Sanktionen illegal sind, dass sie eine Verletzung der Menschenrechte darstellen und dass sie beendet werden müssen. Das, denke ich, ist absolut möglich. In dieser Weise wäre es machbar, den Internationalen Gerichtshof zu den EU-Sanktionen zu befragen. Ich denke, dass es in dieser Hinsicht etwas gibt, das weiterentwickelt werden kann.

**Ein Gutachten des IGH zur Illegalität einseitiger Sanktionen**

Ich glaube, der einfachste Weg – falls es überhaupt einen einfachen Weg gibt – besteht darin, die Europäische Union selbst ins Visier zu nehmen. Meiner Einschätzung nach waren nur sehr wenige Regierungen aktiv an der Sanktionierung von Herrn Baud beteiligt; sein Name tauchte auf einer Liste auf, die meisten wussten nicht, wer er war oder was das bedeutete, und es handelte sich eher um ein bürokratisches Verfahren als um eine Gruppe von Ministern, die sagten: «Holen wir uns diesen Schweizer Analysten». Ich finde es schwer zu glauben, dass das in diesem Sinne so gut durchdacht war. Ich halte es für möglich, dass es nur ein paar Leute in der Kommission waren, die sagten: «Wir können das durchbringen, also machen wir es.» Diese Geschichte zu kennen, wäre also sehr, sehr interessant – aber auch ein paar Regierungen zu finden, die sagen: «Dafür stehen wir nicht», scheint mir ebenfalls vielversprechend.»

**Alexandra Hofer:** «Jedes Jahr verabschiedet die UN-Generalversammlung Resolutionen, die einseitige Sanktionen [einseitige Zwangsmassnahmen] verurteilen. Soweit ich weiss, hat es noch nie wirklich eine Initiative für ein Gutachten des *Internationalen Gerichtshofs* zu diesen Massnahmen gegeben. Aber ich fände es besser, wenn sie sich nicht speziell auf die EU konzentrieren würden, sondern allgemein auf einseitige Sanktionen. Und dann sollten sie nach den Auswirkungen dieser Massnahmen auf die Menschenrechte fragen.»

[...]

**Roberto Zamora:** «Was Alexandra gerade gesagt hat, ist ein sehr kluger Weg, um voranzukommen. Es liegt an der Generalversammlung, den IGH um ein Gutachten zur Rechtmässigkeit oder Rechtswidrigkeit einseitiger Sanktionen zu ersuchen. [...] Wenn die Vereinten Nationen wirklich ein demokratisches Gremium sind, das auf dem Prinzip der Gleichheit souveräner Staaten beruht, dann sollte auch die Generalversammlung etwas unternehmen, um dieses allgemeine Prinzip des Völkerrechts zu bekräftigen und auf ein Gutachten zu drängen.»

**Jeffrey Sachs:** «Ich denke, Alexandra sollte das Gutachten für den IGH verfassen, und wir sollten tatsächlich an einer Resolution in der Generalversammlung arbeiten, denn die Stimmung ist sehr stark gegen diese Massnahmen – sehr stark. Deshalb fällt die jährliche Abstimmung überwältigend gegen einseitige Zwangsmassnahmen aus. Wir wissen, dass sie Menschen töten, Kinder töten, die Säuglings- und Kindersterblichkeit erhöhen und echtem Leben schweren Schaden zufügen.

Jetzt haben wir diese Menschenrechtsverletzungen zusätzlich, sowohl auf persönlicher Ebene als auch im Zusammenhang mit den Wirtschaftssanktionen, und die Abstimmung findet jährlich statt. Ich denke, der Versuch, das voranzubringen – um durch ein Urteil des IGH klarzustellen, dass es sich um illegale Handlungen handelt – ist sehr zeitgemäss. Aber in der Zwischenzeit möchte ich auch auf eine oder mehrere Regierungen in Europa zugehen und sagen: «Was tut ihr? Euer Name steht auf dieser Liste, die das unterstützt.» Das ist empörend. Und wir werden sehen, wie weit wir damit kommen.»

[...]

**Roberto Zamora:** Es gibt Zeiten, in denen ich wirklich glaube, dass das Schlimmste, was man tun kann, ist, gar nichts zu versuchen – besonders, wenn man einem Regime und der vollen Macht des Autoritarismus gegenübersteht, so wie die Menschen, die auf der Sanktionsliste stehen. Ich würde jede einzelne Gelegenheit ergreifen, die mir einfällt und nicht sofort völlig verrückt klingt. Wenn es irgendwie Sinn macht, würde ich es versuchen. Und dann ist das noch etwas anderes: Ja, die Liste der Personen umfasst jetzt vielleicht zwischen 50 und 60 Namen, aber wir sind alle bedroht. Ich meine, es könnte Alexandra treffen, es könnte mich als Migranten in der Europäischen Union treffen, es könnte jeden treffen, der zur falschen Zeit am falschen Ort das Falsche sagt – nur weil eine Verwaltungsbehörde das so entschieden hat.»

**«Wir sind Jacques Baud»**

**Pascal Lottaz:** Es tut mir sehr leid, dass du dich jetzt in der Situation befindest, die *Hannah Arendt* einst als diesen schrecklichen Moment bezeichnete, in dem das Politische beginnt, mit dem Persönlichen zu kollidieren. Für uns, die nicht sanktioniert sind, sind das zwei Ebenen; für dich ist es jetzt eine. Aber danke, dass du darüber sprichst und dass du dich weiterhin intellektuell mit der Bedeutung dieses Moments auseinandersetzt. Möchtest du noch etwas hinzufügen?

**Jacques Baud:** Einige Freunde von mir in der Schweiz richten ein Unterstützungskomitee ein, zu dem die Leute gehen können. Es wird gerade aufgebaut: «Wir sind Jacques Baud». Es laufen einige Aktionen. Dafür möchte ich allen danken, auch dir übrigens, denn mit deiner Webseite – deinem Programm – warst du massgeblich daran beteiligt, mich zu unterstützen. Und es gibt viele andere, die von Zeit zu Zeit in deiner Sendung auftreten und mich ebenfalls unterstützen haben.

Aber es gibt auch Tausende, Hunderttausende von Menschen, die ihre Unterstützung für mich zum Ausdruck gebracht haben – die mich versorgen. Ich kann dir sagen, dass ich kaum aus dem Haus treten kann, ohne auf dem Gehweg von jemandem begrüsst zu

werden, der mich unterstützt. In letzter Zeit bin ich nie nach draussen gegangen, ohne jemandem zu begegnen, der mir seine Unterstützung ausdrücken möchte. Und das ist absolut faszinierend, denn vor den Sanktionen war das nicht so. Natürlich war ich bekannt, aber wahrscheinlich nicht auf dieselbe Weise. Heute erhalte ich Unterstützung von überall – buchstäblich. Viele Menschen schreiben Briefe an meinen Verlag, an mich – E-Mails, Nachrichten, was auch immer. Erst letzte Woche haben mich zwei Schweizer angerufen, die ich nicht kannte, und sagten: «Wir wollen unsere Unterstützung zeigen.» Sie kamen hierher, verliessen die Schweiz am Morgen und fuhren noch am selben Tag zurück. 1800 Kilometer, nur, um mir etwas Schweizer Essen – Spezialitäten, Grüsse, so etwas – zu bringen. Und ich bekomme buchstäblich Hunderte solcher Anfragen. Das zeigt zwei Dinge: Erstens, dass es noch Menschen gibt, die verstehen, was vor sich geht, aber auch ein Herz haben, was wichtig ist.

Aber es zeigt auch, dass es eine Diskrepanz gibt, denn die Idee einer Sanktion ist, jemandem unsichtbar zu machen, ihn auszuschliessen, ihn aus der Gesellschaft zu drängen. Und wie man sieht, passiert genau das Gegenteil.

Ich bekomme unzählige Anfragen für Auftritte, Interviews und so weiter, in alternativen Medien und dergleichen. Das bedeutet also, dass diese Sanktionen nicht einmal das Ziel erreichen, das sie eigentlich erreichen sollen.

Die Menschen verstehen das, und sie erkennen immer mehr, dass unsere Führung – das Establishment, allgemein gesprochen – über das hinausgeht, was sie sollte. Sie überschreitet die Grenzen der Vernunft. Wir überschreiten die Grenzen der Menschlichkeit. Wir überschreiten die Werte, für die wir angeblich stehen. Europa – ich kann sogar sagen, die Europäische Union, und das ist eine Tatsache – tut genau das, wogegen wir uns vor 40 Jahren gestellt haben, als wir den *Warschauer Pakt* oder die Sowjetunion ablehnten. Sie tun genau dasselbe. Es ist genau dieselbe Situation, die sich jetzt abspielt: Entscheidungen werden getroffen, ohne das Gesetz zu beachten. Und das sollte für alle ein Grund zur Sorge sein. Ein Teil meiner Familie war im französischen Widerstand während des Zweiten Weltkriegs. Und manchmal, wenn Leute kommen und mir Essen bringen, sagen sie, sie hätten das Gefühl, Teil eines Widerstands zu sein, wie im Zweiten

Weltkrieg. Es ist genau dasselbe Gefühl. Das ist sehr interessant, denn das ist etwas völlig Unerwartetes, aber genau so empfinden es manche Menschen. Sie leisten Widerstand. Erinnert euch daran, dass am Ende des Zweiten Weltkriegs der Widerstand gesiegt hat. Sie waren diejenigen, die für ihren Mut, ihre Entschlossenheit und ihren rationalen Umgang mit dem Problem gelobt wurden. Und so befinden wir uns heute in derselben Situation.

**Pascal Lottaz:** Ja, ja. Ich sehe das ganz genauso. Es ist ein Akt des Widerstands, der jetzt notwendig ist. Und je mehr Menschen Widerstand leisten, desto grösser sind die Erfolgchancen. Also, an alle, die zuschauen: Vielen Dank für eure Unterstützung. Vielen Dank für das gemeinsame Nachdenken darüber und für den gemeinsamen Widerstand gegen das, was wir alle als sehr negativ erkennen und empfinden.

Auszug aus einem Gespräch von Pascal Lottaz mit Jacques Baud am 17. Februar 2026; <https://www.youtube.com/watch?v=XIRQmPpjL8s> (Video); [https://www.video-translations.org/transcripts/2912\\_Pascal\\_2026\\_02\\_17\\_de-DE.pdf](https://www.video-translations.org/transcripts/2912_Pascal_2026_02_17_de-DE.pdf) (deutschsprachiger Text) (sprachlich überarbeitet und leicht gekürzt)

# Geben wir grünes Licht für die nächsten 700 Volksabstimmungen! (Teil 2)

## Zur staatspolitischen Bedeutung der direkten Demokratie in der Schweiz

von Dr. rer. publ. Werner Wüthrich

Seit der Gründung des Bundesstaates 1848 konnten die Stimmberechtigten an der Urne bereits zu 700 Bundesbeschlüssen Stellung nehmen – sei es zur Bundesverfassung als Ganzes, zu neuen oder geänderten Verfassungsartikeln, zu neuen oder geänderten Gesetzen und manchem mehr – zum Beispiel zur Neubildung des Kantons Jura oder zum Kauf von Kampfflugzeugen. Die beiden für unser Land aktuell wichtigsten Abstimmungen werden in naher Zukunft folgen. Der neue Rahmenvertrag mit der EU soll die Schweiz institutionell stärker in die EU einbinden, und er würde die direkte Demokratie ganz wesentlich einschränken. Vermutlich in diesem Jahr wird über die «Neutralitätsinitiative» abgestimmt, die die traditionelle Neutralität der Schweiz erneuern und stärken will.

Unter dem Obertitel «Geben wir grünes Licht für die nächsten 700 Abstimmungen!» nimmt *Zeit-Fragen* in loser Folge zur staatspolitischen Bedeutung der direkten Demokratie in der Schweiz Stellung (vergleiche Teil 1 in *Zeit-Fragen* vom 19. September 2025). Im folgenden geht es um das Thema, wie das Volk im Zusammenspiel mit seinen Behörden einen praktikablen Weg gesucht und gefunden hat, wie auf Bundesebene auch in schwierigen Zeiten Volksabstimmungen möglich sind.

Professor *Wolf Linder* von der Universität Bern hat mit seinen Mitarbeitern nach der Jahrtausendwende die Daten der Volksabstimmungen von 1848 bis 2007 zusammengetragen, systematisch geordnet und auch kommentiert. Die Resultate seiner Arbeit sind im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848 bis 2007» enthalten und für die Öffentlichkeit zugänglich. Nach seiner Emeritierung führten andere seine Arbeit weiter. Heute sind die Volksabstimmungen von 1848 bis heute mit den wichtigsten Informationen dazu unter [swissvotes.ch](http://swissvotes.ch) abrufbar.

Die seit 1848 aufgelisteten Volksabstimmungen sind mit einer Zahl überschrieben: 700 (Stand 1. Januar 2026). Leser werden neugierig und staunen, haben doch in der Schweiz auf Bundesebene seit der Staatsgründung 700 Volksabstimmungen stattgefunden. Würde man zu diesen Volksabstimmungen noch die Abstimmungen in den 26 Kantonen und heute noch rund 2000 Gemeinden dazuzählen, würde es wohl eine Zahl mit vielen Nullen ergeben. – Sind wir uns bewusst, was das bedeutet?

Eindrücklich sind nicht nur jede Abstimmung als Einzelereignis und ihre Vielzahl als Gesamtheit. Die eigentliche Bedeutung der Volksabstimmungen zeigt sich jedoch auch in ihrem geschichtlichen Kontext und im erstaunlichen gesellschaftlichen Bewusstsein der mündigen Bürger, die Verantwortung für das Gemeinwohl zeigen.

### Fakultatives Referendum und Volksinitiative

Die revidierte Bundesverfassung von 1874 enthielt den revolutionären Satz: «Bundesgesetze sowie allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse, die nicht dringlicher Natur sind, sollen überdies dem Volk zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden, wenn es von 30 000 stimmberechtigten Schweizerbürgern oder von acht Kantonen verlangt wird.»

Dieser Artikel führte das fakultative Referendum ein, das die schweizerische Rechtsordnung ganz markant prägen sollte. Dieser revolutionäre Schritt war nur möglich, weil das Referendum in einigen Kantonen bereits eingeführt war. Im Kanton Zürich ist hier die «Demokratische Bewegung von Winterthur» zu erwähnen.

Eine wichtige Frage hat die Verfassungsautoren damals beschäftigt – in den Kantonen und im Bund: Es gibt in der Politik immer wieder Situationen, denen anspruchsvolle oder gar komplizierte Sachverhalte zugrunde liegen, in denen schnelle Entscheide notwendig sind. Der Politiker und Eisenbahnpionier *Alfred Escher* zum Beispiel war dieser Auffassung und vertrat deshalb die

repräsentative Demokratie – ohne Volksabstimmungen.

Das Parlament fand einen Mittelweg. Es baute im Art. 89 der Bundesverfassung die einschränkende Formulierung ein «... Bundesgesetze und allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse, die nicht dringlicher Natur sind, ...». Das Parlament hatte so eine Hintertüre und konnte mit einfachem Mehr beschliessen, das Gesetz sei dringlich und trete deshalb in Kraft – ohne Volksabstimmung. Dazu kam, dass nirgends definiert war, was «dringlich» im konkreten Fall bedeutete. (Das Dringlichkeitsrecht ist nicht zu verwechseln mit dem eigentlichen Notrecht, das dem Bundesrat als Exekutive und auch dem Parlament als Legislative die Möglichkeit gibt, in einer Notsituation sofort Massnahmen zu ergreifen.)

### Sofort rege politische Beteiligung

Sogleich schritten die Schweizer zur Tat. In den fünf Jahren von 1875 bis 1879 ergriffen sie zwölfmal das Referendum, sammelten innert 90 Tagen mindestens 30 000 Unterschriften und verlangten eine Volksabstimmung – eine eindrückliche Willensäußerung für die Bereitschaft, sich aktiv an der Politik zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen. Hier zeigte sich, dass den meisten die direkte Demokratie schon vorher in den Kantonen vertraut war.

Das rege Interesse und die positiven Erfahrungen in den ersten Jahren trugen dazu bei, dass wenige Jahre später – im Jahr 1891 – zusätzlich zum Referendum das Volksrecht der Volksinitiative eingeführt wurde: Mit 50 000 (heute 100 000) Unterschriften konnte und kann heute das Stimmvolk eine Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung verlangen. Verfassungsänderungen brauchen jedoch wegen ihrer grundlegenden Bedeutung für den Föderalismus ein doppeltes Mehr: die Mehrheit der Stimmenden und der Kantone. Das Zusammenspiel von Referendum und Volksinitiative sollte in den kommenden Jahrzehnten die Politik prägen.

### Ringens um die direkte Demokratie

Bis zum Ersten Weltkrieg wandte das Parlament die Möglichkeit nicht an, die «Hintertüre» zu benutzen, um auf diese Weise eine Volksabstimmung zu vermeiden. Das änderte sich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen – besonders in der schweren Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre. Das Parlament stufte 151 Bundesbeschlüsse als dringlich ein und entzog sie so dem Referendum. Die Bevölkerung hatte anfänglich Verständnis und akzeptierte die ausserordentlichen Massnahmen in der Krise – ging es doch oft darum, den Bauern und kleinen Geschäften zu helfen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Strassen über die Alpenpässe zu bauen (um Arbeitsplätze zu schaffen), die Volksbank zu retten, der Uhren- oder Textilindustrie unter die Arme zu greifen und manches mehr.

Das Problem des Parlaments war: Woher nehmen wir das Geld, um diese Politik zu finanzieren? Die Gewerkschaften lancierten eine Volksinitiative und verlangten eine befristete Krisenabgabe, ähnlich wie die Kriegssteuer im Ersten Weltkrieg. Sie wollten damit verhindern, dass der Bundesrat die Löhne beim Bundespersonal herabsetzen werde. Das Parlament traute dem Vorstoss nicht und führte die Krisenabgabe mit einem dringlichen Gesetz ein, das ohne Volksabstimmung sofort in Kraft trat. Die Initianten zogen ihre Initiative wohl oder übel zurück, was die Stimmung nicht verbesserte. Danach wurden die Löhne beim Bund, bei der Post und der SBB herabgesetzt. Der Bundesrat verlangte 10 Prozent. Das Parlament bewilligte 7 Prozent. Diesmal waren ein Referendum und eine Volksabstimmung nicht zu vermeiden. Breite Bevölkerungskreise sammelten innerhalb von vier Monaten über 300 000 Unterschriften – mehr als zehnmals so viel wie verlangt. Bei einer Stimmbeteiligung von über 80 Prozent sagten in der Abstimmung 55 Prozent deutlich nein zu den Plänen der Regierung.



ISBN 978-0-7453-5231-2

### Noch fehlte es an Vertrauen in das Volk – Suche nach Abhilfe

Je länger dieser Zustand andauerte, desto mehr wurde die Entwicklung kritisch betrachtet, weil die verfassungsmässigen Freiheitsrechte allzu schmerzlich eingeschränkt waren. Der damalige Staatsrechtslehrer Professor *Zaccaria Giacometti* fand dafür deutliche Worte. Er sprach von «Parlamentsabsolutismus» oder gar «Parlamentsdiktatur». Allein in den Krisenjahren 1929 bis 1933 waren es 92 Bundesbeschlüsse, die auf diese Weise der Volksabstimmung entzogen wurden. Aus der «Hintertüre» war ein «Scheunentor» geworden. Die Behörden wollten offensichtlich die wirtschaftlichen Massnahmen nicht der «Zufälligkeit eines Volksentscheides» aussetzen, wie der Verfassungsrechtler *Alfred Kölz* schreibt (Kölz II 2004, S. 768).

Man hörte im Volk kritische Stimmen, die fanden: Warum können wir nicht abstimmen? Ist doch fast jedes Gesetz dringlich, sonst würde das Parlament es nicht beschliessen. Regieren der Bundesrat und das Parlament lieber ohne Volk? So dachten viele, und sie begannen, Unterschriften für eine Volksinitiative zu sammeln, die dem Dringlichkeitsrecht Grenzen setzen sollte. Bis zum Zweiten Weltkrieg reichten fünf verschiedene politische Gruppierungen Volksinitiativen ein, die alle das Dringlichkeitsrecht demokratisieren wollten. Dazu zwei Beispiele: 1936 sammelte die kommunistische Partei Unterschriften für die Initiative «Dringliche Bundesbeschlüsse und Wahrung der demokratischen Volksrechte». Sie verlangte, dass Volksabstimmungen nur verhindert werden dürfen, wenn dies «im Interesse des werktätigen Volkes» liegt und wenn dies von den eidgenössischen Räten mit Dreiviertel der anwesenden Mitglieder beschlossen wird. Das Volk sagte in der Abstimmung deutlich nein. Andere Initianten verlangten auf eine andere Art ein qualifiziertes Mehr im Parlament, um eine Volksabstimmung nicht zuzulassen. Einige Staatsrechtsprofessoren forderten mit ihrer Initiative ein Verfassungsgericht, das beurteilen müsse, ob eine Vorlage dringlich sei oder nicht. Das Volk sagte mit 70 Prozent deutlich nein. Nicht ein Gericht sollte in so einer wichtigen Frage das letzte Wort haben – sondern das Volk. Eine überzeugende Lösung fand man erst nach dem Zweiten Weltkrieg.

Auch in diesen schwierigen Jahren war eine rege Teilnahme am politischen Leben zu beobachten, ganz im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, die den Weg in die Diktatur gingen – mit Notstandsverordnungen, Ermächtigungsgesetzen oder Ähnlichem. Während in Deutschland die Trupps der SA die Strassen unsicher machten, wurden in der Schweiz Unterschriften gesammelt – weit mehr als heute. Dabei ist anzumerken: Die Schweiz hatte damals nur halb so viele Einwohner wie heute, und das Frauenstimmrecht war noch nicht eingeführt. Unterschriftensammeln ist zudem nicht so einfach, wie man auf den ersten Blick denken

konnte. Es braucht Zeit, um den Mitbürger anzusprechen und zu überzeugen. Zudem muss jede einzelne Unterschrift in der entsprechenden Wohngemeinde geprüft und beglaubigt werden. Ein reges Vereinsleben hat damals sicher geholfen.

### 1949 war es so weit – das Dringlichkeitsrecht wurde demokratisiert

Das Volk nahm 1949 die Volksinitiative «Rückkehr zur direkten Demokratie» an, an der *Giacometti* mitgewirkt hatte. Sie bestimmte, dass es weiterhin möglich sein solle, Recht zu erlassen und wegen Dringlichkeit sofort in Kraft zu setzen. Das Referendum bliebe aber nachträglich möglich, und die Abstimmung würde kurzfristig, das heisst innerhalb eines Jahres stattfinden. Falls die Verfassung tangiert wird, kommt es innerhalb dieses Jahres obligatorisch zur Volksabstimmung.

Die Kreise um *Zaccaria Giacometti* haben sich wohl 1949 nicht vorstellen können, wie sehr ihre Volksinitiative einmal dazu beitragen würde, die Bevölkerung selbst in der Krise direkt in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Diese Regel gilt noch heute und steht in Artikel 162 der Bundesverfassung. Sie musste damals ihren Härtesten noch bestehen.

### Bewährung im konjunkturellen Überschwang

Die «1960er» und zum Teil auch die «1970er» Jahre waren von einer Krise geprägt, die von ganz anderer Art war als in den 1930er Jahren. Es herrschten Hochkonjunktur und ein Wirtschaftsaufschwung, wie er selten zu beobachten ist. Die Ökonomen sprachen von Konjunkturüberhitzung. 1962 waren zum Beispiel im ganzen Land noch 62 Arbeitslose registriert, und die Überstunden wurden bis zum äussersten Limit ausgenutzt. Wer seine Stelle verlor, fand innert Stunden eine neue. Die Mitarbeiter in den Betrieben waren wie im Fieber, um alle anstehenden Aufträge noch zeitgerecht zu erledigen. Das 1949 demokratisierte «Dringlichkeitsrecht» kam häufig zur Anwendung. Das Parlament erliess elf befristete und dringliche Bundesbeschlüsse, die alle sofort in Kraft traten. Sie versties alle gegen die Freiheitsrechte der Verfassung – insbesondere gegen die Handels- und Gewerbefreiheit, und sie kamen nach der neuen Regel von 1949 obligatorisch sofort zur Abstimmung (vgl. *Rhinow* 2011, S. 36–37).

Diese dringlichen Bundesbeschlüsse hatten allerdings einen ganz anderen Inhalt als diejenigen, die das Parlament in den dreissiger Jahren beschlossen hatte, vor allem um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Behörden versuchten, die heiss laufende Wirtschaft «abzukühlen». So verboten sie zum Beispiel zeitweise den Bau von luxuriösen Einfamilienhäusern (um so die ausgelasteten Baukapazitäten für die Infrastruktur und den normalen Wohnungsbau frei zu bekommen). Oder sie verboten für ein Jahr, neue zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, indem sie den Personalbestand in den Betrieben plafonierten, das heisst eine betriebliche Obergrenze

Fortsetzung auf Seite 7

### Hinweis

In *Zeit-Fragen* Nr. 3 bei dem Artikel «KI – intelligent ist sie nicht» (*Eliane Perret*) fehlte folgende Fussnote: <sup>3</sup> Den Begriff «simulierte Intelligenz» habe ich von Prof. Dr. *Hans Köchler* übernommen aus: Köchler, Hans. (2024). *Die Trivialisierung des Öffentlichen. Kulturanthropologische Überlegungen zum Digitalzeitalter. Ein Vortrag*. Herausgeber: IPO International Progress Organization. S. 18; ISBN 978-3-900704-38-4. Dort heisst es: «Die bisher letzte Stufe der Entwicklung der Digitaltechnik ist die Forcierung der «künstlichen Intelligenz» (KI / Englisch: AI – artificial intelligence), die eigentlich SI – simulierte Intelligenz – heissen müsste».

### «Geben wir grünes Licht ...»

Fortsetzung von Seite 6

setzten. Hunderttausende von Arbeitskräften wanderten aus dem Ausland ein – anfänglich vor allem aus dem Kriegsland Italien.

Um Neuinvestitionen schwieriger zu machen, schrieben einzelne Bundesbeschlüsse den Banken vor, bei der Vergabe von Krediten zurückhaltend zu sein. Die gesellschaftlichen Probleme wuchsen an: Wohnungen fehlten, Notunterkünfte mussten helfen, die Schulhäuser waren zu klein, die Autobahnen sollten gebaut werden. Die Belastung der Umwelt wurde immer schlimmer, im Zürichsee und im Luganersee konnte man bald nicht mehr baden, weil das Wasser so verschmutzt war ... Kehrriichtbrennungsanlagen mussten schnell gebaut werden. Die Teuerung bedrohte die Einkommen. Zu guter Letzt brach das *Bretton-Woods*-Währungssystem zusammen, und Ströme von ausländischen Devisen – vor allem US-Dollar und DM – suchten in der Schweiz einen sicheren Hafen. Deren Eigentümer versuchten, sie in Schweizerfranken zu wechseln, der auf Grund einer Volksabstimmung im Jahr 1951 goldgedeckt war. Die Wechselkurse stürzten ab. Die Nationalbank führte Kapitalverkehrskontrollen ein und erhob Negativzinsen von zeitweise mehr als 10 Prozent. Dazu kamen weitere dringliche Beschlüsse zum Schutz der Währung und zur Bekämpfung der Teuerung. «Monsieur Prix» begann die Preise zu überwachen. Das Gold stieg in ungeahnte Höhen – ähnlich wie heute.

Das Volk sagte in den elf Abstimmungen deutlich ja, sprach den Behörden das Vertrauen aus und stärkte ihnen den Rücken. Das war wichtig, weil es für die Behörden in turbulenten Zeiten (die schnelles Handeln verlangten) nicht einfach ist, Entscheide zu fällen, die der Sache gerecht werden und zudem verhältnismässig sind – also die Freiheitsrechte und die Demokratie nicht übermässig einschränken. Die Zustimmungsraten waren meist hoch. Die direkte Demokratie hatte mit den neuen Regeln der Volksinitiative von 1949 den Praxistest bestanden. Sie sollte sich auch in neuerer Zeit bewähren.

#### Die direkte Demokratie – ein gangbarer Weg auch in schwierigen Zeiten

2019 war Corona ausgebrochen, und die Behörden überall auf der Welt erliessen drastische Massnahmen wie Impfpflicht, Schliessungen, Ausgangssperren, Lockdowns usw., die die persönliche Freiheit zum Teil massiv einschränkten. Diese Politik war immer mehr oder weniger umstritten. Schweden zum Beispiel verfolgte einen anderen Weg. Am 29. April 2020 teilte der Bundesrat in einer Pressemitteilung mit, er werde die ersten Notverordnungen (die er als Bundesrat auf Grund des Epidemiegesetzes erlassen hatte) in ein dringliches Bundesgesetz überführen. Das bedeutete: Jedes Mal, wenn das Parlament das Gesetz änderte, um noch drastischere Schutzmassnahmen zu ergreifen, traten diese zwar sofort in Kraft. Nach den Regeln von 1949 ergriffen die «Freunde der Verfassung» jeweils das Referendum, und es kam schnell zur Abstimmung – am 13. Juni 2021, am 28. November 2021 und am 18. Juni 2023. Etwa 60 Prozent der Stimmenden legten jedes Mal ein Ja zur Politik des Bundesrates in die Urne. Diese drei weltweit einmaligen Abstimmungen haben jedoch den Behörden in einer schwierigen Situation das Vertrauen ausgesprochen und den Rücken gestärkt, die aufgeheizte Stimmung entschärft und zum gesellschaftlichen Frieden beigetragen. Die gleichbleibend grosse Zahl der Nein-Stimmen war jedoch ein Indiz, dass diese Politik umstritten blieb. Die juristische und historische Aufarbeitung ist bis heute unterblieben.

#### Direkte Demokratie ist eine Erfolgsgeschichte

Die neuere Schweizer Geschichte ist wirklich spannend. Das Volk hat in den wenigen geschilderten Beispielen im Zusammenspiel mit den politischen Behörden den Verlauf der Geschichte massgeblich geprägt und die Politik lebendig gemacht. Die direkte Demokratie verlangsamt zwar die Politik – was aber meist nicht schädlich ist. Vielmehr stärkt sie das «Wir-Gefühl» und hält die vielschichtige Schweiz mit ihren drei Landesteilen und vier Sprachregionen zusammen. Sie stärkt selbst in schwierigen Zeiten die Mitverantwortung und verhindert Gewalt.

Nicht vergessen dürfen wir, dass die kleinsten, von unten gewachsenen föderalen Strukturen der heutigen Eidgenossenschaft nicht hätten entstehen können, wenn der Genossenschaftsgedanke nicht schon in der Alten Eidgenossenschaft gelegt und gepflegt worden wäre, was bereits im Bundesbrief von 1291 eindrücklich zum Ausdruck kommt (*Roca* 2012).

Mit anderen Worten: Jede Abstimmung übermittelt ein Stück Gemeinschaft über alle Sprachregionen und Gesellschaftsschichten hinweg – selbst wenn man als Deutschschweizer anderer Meinung ist als der französisch oder italienisch sprechende Nachbar. Selbst wenn man gar nicht abstimmen geht, bekommt man das Thema mit, bespricht es mit dem Nachbarn, interessiert sich zwangsläufig dafür. Auch in schwierigen Zeiten, als die Spannungen gross waren und die politischen Ansichten oft weit auseinander gingen, haben die Abstimmungen eine Zusammengehörigkeit geschaffen und das Land stabilisiert. Wie die neuere Schweizer Geschichte immer wieder zeigt, gehört das Suchen und Ringen um eine bessere Lösung in der Schweiz zur direkten Demokratie – im Zusammenspiel mit den Behörden.

#### Fazit

Die Schweiz hat ein Höchstmass an politischen Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten verwirklicht. Voraussetzung dafür ist ein hohes Mass an politischer Unabhängigkeit, die ihre schönste Verwirklichung in der Tradition der Neutralität gefunden hat. Unabhängigkeit, Neutralität, von unten gebildete föderale Strukturen und direkte Demokratie auf allen politischen Ebenen haben das politische Gesicht der Schweiz geprägt und gehören zur ihrer Identität. Sie haben den Boden für die moderne Schweiz und den Wohlstand gelegt, den wir heute geniessen. «Brandmauern» hat es nie gegeben – höchstens ab und zu einen «Röstigraben» zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz.

Geben wir grünes Licht für die nächsten 700 Abstimmungen – gerade in der heutigen Zeit, wo die Demokratien in vielen Ländern einen schweren Stand haben und mit Unruhen konfrontiert sind. Die Politiker suchen oft nach Ideen, wie man die Bürger stärker einbeziehen könnte. Für die Schweizer geht es mehr darum, uns bewusst zu werden, was wir der direkten Demokratie verdanken – bevor wir uns institutionell in die EU integrieren, die ganz anders tickt, oder gar in die Nato. Wir haben allen Grund, diesen Schatz auf allen politischen Ebenen zu bewahren und zu pflegen!

Merkwürdig ist, dass Volksabstimmungen in unserer kriegsgeplagten Welt so wenig Gewicht haben. Liegen doch die Beweise für ihre friedensstiftende Wirkung längst auf dem Tisch. Am 8. März kommen in der Schweiz zu den bisher 700 Abstimmungen auf Bundesebene weitere sechs Abstimmungen dazu. Es sind dies:

1. Gesetz über die Individualbesteuerung (Fakultatives Referendum)
2. Klimafonds-Initiative (Volksinitiative)
3. a) Bargeld-Initiative (Volksinitiative)  
b) Bundesbeschluss über Währungen und Bargeldversorgung (Direkter Gegenentwurf des Parlaments).  
c) Stichfrage: Was gilt, falls beide Vorlagen angenommen werden?
4. SRG-Initiative (Volksinitiative) «200 Franken sind genug»

Die gestellten Fragen sind anspruchsvoll. (Siehe Einzelheiten dazu: *admin.ch => Abstimmungsbüchlein*; *swissvotes.ch => Abstimmungen*.) Eine breite, landesweite Debatte läuft bereits seit einigen Wochen. Weitere Fragen kommen am 8. März in den Abstimmungen einzelner Kantone dazu. •

Zur Vertiefung:

Wüthrich, Werner. *Wirtschaft und direkte Demokratie in der Schweiz – Geschichte der freiheitlich-demokratischen Wirtschaftsverfassung der Schweiz*. Verlag Zeit-Fragen, Zürich 2020; ISBN 978-3-909234-24-0

Kölz, Alfred. *Neuere Schweizerische Verfassungsgeschichte II*, Bern 2004

Linder, Wolf; Bolliger, Christian; Rielle, Christian. *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007*, Bern 2010

Rhinow, René u.a. *Öffentliches Wirtschaftsrecht*, Basel 2011

Roca, René; *Wenn die Volkssouveränität wirklich eine Wahrheit werden soll ...: Die schweizerische direkte Demokratie in Theorie und Praxis – Das Beispiel des Kantons Luzern*, Zürich 2012

*admin.ch* (Abstimmungsbüchlein); *swissvotes.ch*

LESER  BRIEFE

## Putin-Versteher werden!

Schon in der Einleitung zu seiner Rede am *Waldai-Forum*, – jedem Zuhörer muss das aufgefallen sein! – äusserte *Putin* sich so, die Sicht des Westens Russland und ihm gegenüber sei voreingenommen und die westlichen Politiker führten den Dialog mit den Russen und mit *Putin* nicht gleichwertig und auf Augenhöhe.

Meiner Meinung nach hat *Putin* hiermit recht.

Im Westen hat man tiefsitzende Vorurteile gegenüber dem russischen Volk. Es wird hier behauptet, Russland sei ein imperialistischer Staat, oder: Es wolle zurück zur UdSSR und diese wiederherstellen. Dabei hat *Putin* deutlich kurz und bündig seine Meinung zur UdSSR in einem Bonmot gesagt: «Wer den Kommunismus nicht vermisst, dem fehlt das Herz. Wer ihn zurückhaben will, dem fehlt der Verstand.»

Was die angeblichen Eroberungspläne Russlands gegenüber Europa angeht, sagte *Putin* wiederholt in den letzten Monaten: «Es ist eine Absurdität zu sagen, dass Russland die europäischen Länder erobern will.»

Was will *Putin*? Die Anerkennung der Bedeutung Russlands auf der Welt als ein grosses, flächenreiches Land, als Zentralmacht mit Einfluss und nicht nur als Regionalmacht, eine Grossmacht, die einige Probleme in den letzten Jahrzehnten erfolgreich gelöst hat und eine starke Wirtschaft hat, die Atomkraft ist: Auf Augenhöhe will er mit allen Staaten verkehren, er will, dass seine Reden auch im Westen diskutiert werden und nicht ungehört verhallen. Er will die russische Stimme im Konzert der Nationen hörbar machen.

Was ist daran so falsch? Von einer Rückeroberung Usbekistans, Kasachstans, Lettlands und Litauens war in den letzten Jahrzehnten in Russland nicht die Rede. Wenn dem so wäre, hätten die europäischen Medien schon lange frohlockend in reisserischen Artikeln breit davon berichtet ... Und es wäre in der Tat völlig irrsinnig, eine Wiederherstellung der Sowjetunion zu versuchen.

Die Zitate von Äusserungen von *Putin*, dem am längsten auf der ganzen Welt am-

tierenden Staatspräsidenten, werden in der deutschen Presse fast immer verkürzt, verfälscht oder überhaupt nicht wiedergegeben. Man will ihn hier nicht hören, man will vor allem eines nicht: «*Putin-Versteher*» sein. Dabei haben wir in der Diplomatie nur eine Chance bei den anstehenden Verhandlungen. Wir sollten «*Putin-Versteher*» werden!

Ich finde, dass die europäischen Politiker immer noch die alte, verheerende Suppe von 2008 in Bukarest kochen, nämlich die Ukraine in die Nato einzubeziehen. Sie planen, europäische Soldaten als vermeintliche Sicherheitsgaranten in der Ukraine zu stationieren. Sogar der erneute Leiter der *Münchener Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger* warnte schon vor einem Jahr im Magazin *Stern*, dies zu tun. Er meinte damals, dass Russland niemals europäische Sicherheitsgarantien akzeptieren würde. Er wird damit auch nicht gehört. Stur verfolgen die *Starmers, Merz', Macrons, Melonis* weiter ihren Weg.

Die europäischen Politiker haben zur Zeit nichts anderes im Sinn als den Krieg, den sie – angeblich defensiv! – für 2030 im Osten planen. Sie rüsten auf, hoch rüsten sie, dabei ist in Russland von einer Hochrüstung zusätzlich zum Bedarf im Ukraine-Krieg gar keine Rede!

Mich wundert, dass *Putin* sich nicht gegen solche Zumutungen («Sicherheitsgarantien») wehrt. Wäre es nicht sinnvoll, ein anderes Land mit der Bereitstellung von Kräften für Sicherheitsgarantien zu beauftragen und auch die Uno miteinzubeziehen in die Verhandlungen zum Ukraine-Krieg?

Wichtig wäre, dass die Ursachen des Angriffs Russlands 2022 auf die Ukraine beseitigt werden, das heisst gerade jene Ost-Erweiterung der Nato! Das geht nur auf dem Wege der direkten und vorurteilslosen Verhandlungen. Selbstreflexion und Reflexion des eigenen Auftretens wäre von unserer Seite nötig, dringend nötig!

*Susanne Wiesinger, Lehrerin Geschichte und Gemeinschaftskunde, Freiburg i. Brg.*

## Vernehmlassung Rahmenverträge EU

Im Juni 2025 wurde die Vernehmlassung zu den Rahmenverträgen mit der EU eröffnet. Gemäss Artikel von *Dominik Feusi, Nebenspalter* vom 3. Februar 2026, hatten sich über 1000 Schweizer Privatpersonen gemeldet:

«Bundeshaus-Insider zur Vernehmlassung zu den Rahmenverträgen. Wie das EDA beschloss, die privaten Stellungnahmen zu ignorieren. Bundesrat *Ignazio Cassis'* Departement beschloss mitten in der Vernehmlassung, die Eingaben von Privatpersonen gar nicht auszuwerten.

Die Fakten: Gemäss dem Vernehmlassungsbericht ignorierte das Aussendepartement (EDA) bei der Vernehmlassung über die Rahmenverträge alle 1058 Stellungnahmen von Privatpersonen. Die offizielle Begründung: Diese seien von Künstlicher Intelligenz erstellt worden. Interne Dokumente zeigen, dass dies aber nur «rund 100 Stellungnahmen» betraf. Und trotzdem wurden die restlichen 958 Privateingaben nicht berücksichtigt. Der Entscheid fiel bereits Mitte September – sechs Wochen vor dem Ende der Vernehmlassung.

Warum das wichtig ist: Die internen Mails und Protokolle zeigen, wie abschätzig und voreingenommen die Bundesverwaltung mit Stellungnahmen von Privatpersonen umgegangen ist. Sie hatten gar nie die Absicht, die privaten Eingaben irgendwie ernst zu nehmen.»

Die Frage ist, wenn das Volk und unsere Rechte auf solche Art und Weise mit Füßen getreten werden, wozu braucht es da noch eine Vernehmlassung, eine Abstimmung, eine direkte Demokratie? Ist der Bundesrat, unsere Regierung, noch des Vertrauens würdig?

Wenn die Schweizer dieses Rahmenabkommen absegnen, werden unsere aktuellen demokratischen Rechte wie Schnee in der

Sonne schwinden! Es wird gewiss Gewinner geben, aber auch viele Verlierer, allen voran das Volk, es wird sich für uns Schweizer vieles ändern, und längst nicht nur zum Guten. Wir werden unsere direkte Demokratie, Neutralität und unser Mitspracherecht, so typisch für unser Land, schwinden sehen!

Wie es Herr *Franz Grüter* (NR) gesagt hat: «Keine Demokratie kann ohne Freiheit und offenen Meinungsaustausch überleben! Wenn ich sehe, wie die Europäische Union gegen Menschen vorgeht in Sachen Grundrecht auf Meinungsfreiheit (exp. *Jacques Baud* und viele mehr), denke ich, dass unser Bundesrat blind in die EU taumelt, ohne zu wissen, wohin die Reise geht! Das Vorgehen des EDA ist nur der Anfang, und das betrifft auch die Neutralitätsinitiative, so wichtig für unser Land, welche, sagen wir es im Klartext, von BR *Cassis* torpediert wurde, indem er die Russen klar als Feind erklärte und für mich seine Macht missbraucht hat. Es kostet die Schweiz heute ihre Glaubwürdigkeit, und wir werden nicht mehr als neutraler Staat wahrgenommen.»

Am 17. Februar 2026 wurde auch die *Neutralitätsinitiative* im Ständerat begraben, torpediert von der *Mitte*, wie es bereits auch der Bundesrat getan hat, was nichts Gutes bedeutet, sollte das Volk diesem Entscheid zustimmen. Ja, der Rütlichswur war einmal, wenn auch für mich immer noch aktuell!

*Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.*

*Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.*

*Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.*

*Regula Birbaum, Versoix/GE*

# Dem Frieden entgegen – zum Erziehungs- und Bildungsauftrag von Schulen

von Eliane Perret



«Das Studium fremder Sprachen und Literaturen ist Ansporn und Triebfeder der Erziehung im Geiste der internationalen Verständigung und des Friedens», schrieb *Federico Mayor Zaragoza*, von 1987 bis 1999 Generaldirektor der *Unesco* und späterer Leiter der spanischen Stiftung *Cultura de paz* im Geleitwort des Buches «Dem Frieden entgegen. Ein Lesebuch».<sup>1</sup> Es soll, wie er das Ziel der Herausgeber beschreibt, «dem Unterricht in fremder Sprache und Literatur neue Impulse, eine neue Bestimmung geben». Diese Friedensanthologie wurde 1989 vom *Internationalen Deutschlehrerverband* herausgegeben und richtet sich an jugendliche Leser – auch heute noch. Mayor Zaragoza zitiert weitsichtig die Präambel der Verfassung der *Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur* mit dem darin enthaltenen Leitsatz: «Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, müssen auch die Bollwerke des Friedens im Geiste der Menschen errichtet werden.» Die Aufgabe der Schule beschreibt er deshalb mit den Worten: «Soll aber der Friedensgedanke im Bewusstsein der Heranwachsenden, der Frauen und Männer des 21. Jahrhunderts fest verankert werden, so hat am zweckmässigsten die Schule dafür zu sorgen, dass die Völker mehr voneinander erfahren, bildet doch das gegenseitige Sichkennenlernen die Grundlage der geistigen und moralischen Verbundenheit der Menschheit.»

Im so entstandenen Lesebuch wurden hundert Gedichte und Prosastücke aus fünf Jahr-

**Ingeborg Bachmann**  
**Nach dieser Sintflut (1957)**  
Nach dieser Sintflut möchte ich die Taube,  
und nichts als die Taube  
noch einmal gerettet sehn.  
Ich ginge ja unter in diesem Meer!  
flög' sie nicht aus,  
brächte sie nicht  
in letzter Stunde das Blatt.

hundert zusammengetragen – Wurzeln unserer Kultur. Sie sind eine vielfältige Anregung für den Unterricht, um so dringender angesichts der bedrückenden Weltlage. In ihrer Vielfalt beeindruckend, stimmen die Autoren in ihrem Friedenswillen und ihrer entschiedenen Ablehnung von Gewalt, Zerstörung und Krieg überein. Mayor Zaragoza schreibt dazu: «So wenig sich die Autoren in Stil und Empfinden gleichen, so eindeutig bestärken sie den Leser in der lebensnotwendigen Erkenntnis: Wir müssen überwinden, was uns trennt, und fördern, was uns verbindet.» Themen, die viele Jugendliche in ihrem tiefsten Inneren ansprechen und ein Hin und Her mit den Erwachsenen in Aussicht stellen, aus dem sie Mut, Klarheit und Zuversicht schöpfen können.

Beginnend mit dem Gedicht von *Ingeborg Bachmann* «Nach dieser Sintflut» (siehe Kasten) kommen in den drei Teilen «Die Signatur von Krieg und Frieden», «Der Friede als Ziel der Geschichte» und der «Friede als Notwendigkeit» bekannte und weniger be-



kannte Autoren zu Wort und geben Lehrerinnen und Lehrern vielfältige Möglichkeiten, mit ihren Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Die Zeitspanne, in der die Autoren lebten, reicht vom Mittelalter bis in die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, doch sind ihre Gedichte und Prosatexte leider von grosser Aktualität.

Das Redaktionsteam seinerseits umreist im Begleittext die mit ihrer Friedensanthologie verbundene pädagogische Aufgabe, indem sie festhält: «Satzungsgemäss lässt sich der *Internationale Deutschlehrerverband*

bei der Erfüllung seiner Aufgabe vom Geiste der Völkerverständigung leiten. Seine Mitglieder verstehen sich somit nicht bloss als Fremdsprachenlehrer, sondern als Vermittler eines weltumspannenden Friedenswillens.»

Gerade das muss uns heute zu denken geben. Versteht die heute neoliberal umgedrehte Schule ihren Auftrag auch noch so? Oder ist (Fremd-)Sprachunterricht nicht eher von einer Nützlichkeitsdoktrin geleitet, die allenfalls auch mit KI erledigt werden kann? Dann schlägt er in seiner Aufgabenstellung und Zielsetzung fehl. Mit anderen Worten braucht es Bildung, Weitsicht und menschliche Reife, will ein Lehrer den Sprachunterricht nach wie vor als «Ansporn und Triebfeder der Erziehung im Geiste der internationalen Verständigung und des Friedens» gestalten. Nehmen unsere Ausbildungsstätten diesen friedensbildenden und völkerverbindenden Auftrag noch wahr, wie es vor einem halben Jahrhundert noch eine Selbstverständlichkeit war? Ein Grund für alle – in eine pädagogische Aufgabe eingebunden oder nicht –, sich als Mitmenschen auf das zu besinnen, was wir der heranwachsenden Generation mitgeben wollen und was demnach der Erziehungs- und Bildungsauftrag von Schule wieder sein muss. «Dem Frieden entgegen» ist dabei eine wichtige Unterstützung und Leitlinie. •

<sup>1</sup> Internationaler Deutschlehrerverband (Hrsg.) (1989). *Dem Frieden entgegen. Ein Lesebuch*. München: Langenscheidt-Verlag und Leipzig: Verlag Enzyklopädie. In Bibliotheken oder antiquarisch erhältlich.

## «Und sie bewegt sich doch»

### Warum wir trotz allem guten Grund zur Zuversicht haben

von Karl-Jürgen Müller

*Galileo Galilei* lebte von 1564 bis 1642 in verschiedenen Städten Italiens. Für Europa und die Welt waren dies Jahrzehnte grosser Umbrüche. Das mehr als 1000 Jahre bestehende, christliche Byzantinische Reich (Oströmisches Reich) hatte – nach einem lange währenden Bedeutungsverlust – schon 1453 mit der Eroberung Konstantinopels durch das Osmanische Reich ein Ende gefunden. Auf der Suche nach einem neuen, westwärts führenden Seeweg nach Indien war *Christoph Kolumbus* 1492 auf Inseln in der Karibik und später das amerikanische Festland gestossen. Das war nicht nur der Auftakt zu einer bis heute nicht enden wollenden Kolonialpolitik europäischer Staaten, sondern auch ein Schub für naturwissenschaftliche Forschungen und technologische Neuerungen. In Mittel- und Nordeuropa war mit den Reformationsbewegungen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts die Monopolstellung der römisch-katholischen Kirche endgültig gebrochen. Die Gegenreformation und der von allen Seiten mit unvorstellbarer Brutalität geführte Dreissigjährige Krieg von 1618 bis 1648 waren der letzte, am Ende gescheiterte Versuch, die gemeinsame Hegemonie von kaiserlicher Macht und katholischer Kirche in Europa wiederherzustellen.

*Galileo Galilei* war ein italienischer Naturwissenschaftler und Universalgelehrter seiner Zeit. Berühmt wurde er durch seine durch wissenschaftliche Forschung untermauerte These, dass sich – entgegen dem damaligen Weltbild der römisch-katholischen Kirche – die Erde um die Sonne dreht und nicht die Sonne um die Erde. Die Kirchenoberen, sowieso schon geschwächt und in Frage gestellt durch die Umbrüche der Zeit, griffen nach einem langjährigen Hin und Her zur Drohung mit Inquisition, Folter und Verbrennung wegen Ketzerei und führten 1633 einen Prozess gegen *Galilei*. Er widerrief seine Erkenntnisse – in der Absicht, der Folter zu entgehen und sein Leben zu retten. *Galilei* wurde unter Hausarrest gestellt und nutzte die letzten Jahre seines Lebens, um seine naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse schriftlich festzuhalten und der Nachwelt zu überlassen – Erkenntnisse, die nun schon lange Zeit allseits anerkannt sind, auch wenn die Kirche selbst *Galilei* erst 1992 rehabilitierte.

Schon bald nach seinem Tod wurde verbreitet, trotz seines offiziellen Widerrufs vor dem Inquisitionsgericht habe er leise vor sich hin geflüstert: «Und sie [die Erde] bewegt sich doch» – ein Zeichen seines inneren Widerstandes. *Galileis* kleiner Satz ist eine bis heute geläufige Metapher, die zum Ausdruck bringen soll, dass man trotz aller Widrigkeiten bei der Wahrheit bleibt und zuversichtlich ist, dass die Wahrheit über kurz oder lang nicht weiter geleugnet werden kann.

Und heute? Die Repräsentanten einer von immer mehr Menschen in der Welt in Frage gestellten Machtstruktur und Machtpolitik sind ganz offen zur reinen Machtpolitik übergegangen. Politiker gebärden sich wie die Herren der Welt, Staaten werden in Windeseile zu Unrechtsstaaten: in ihren internationalen Beziehungen, aber auch gegen die eigenen Bürger. Die Dämme, die Menschen mit einer jahrhundertlangen Rechtsentwicklung zu errichten versucht haben, sind brüchig geworden und drohen gänzlich hinweggespült zu werden. Wer würde es heute noch wagen wie der deutsche Staatsrechtslehrer *Martin Kriele* 1987, ein Buch mit dem Titel «Die demokratische Weltrevolution. Warum sich die Freiheit durchsetzen wird» zu schreiben und zu veröffentlichen? 1987 hofften viele Menschen in Europa und in der Welt – nicht ohne Grund –, dass der die Nachkriegsjahrzehnte bestimmende Kalte Krieg ein Ende finden und eine neue, bessere Weltordnung möglich würde.

Auf der Rückseite des Buches von *Martin Kriele* ist eine gute Zusammenfassung des Buchgehaltes zu lesen: «Die Geschichte der demokratischen Revolution ist die Geschichte des Mündigwerdens des Menschen. Der Rechtszustand, der den Menschen und den Völkern Freiheit zur Selbstgestaltung ihres Lebens gewährleistet und diese Freiheit zugleich beschränkt, dass die anderen Menschen und Völker die gleiche Freiheit geniessen, ist die der Natur des Menschen allein gemässe Gestalt des Zusammenlebens. Das ist der Grund, weshalb der demokratischen Revolution eine natürliche Tendenz auf universale Ausbreitung innewohnt. Sie ist die Weltrevolution schlechthin.» – Eine Wohltat!

Indes: Der Blick von *Martin Kriele* bedarf der Erweiterung. Zwar schrieb er 1987

selbst – in Anbetracht einer noch bipolaren Welt mit den hochgerüsteten Blockzentren Sowjetunion und USA –, dem «militärischen Gleichgewicht» entspreche ein «politisches Gleichgewicht». Und: «Auf diesem Gedanken beruht die Politik der Entspannung und der gegenseitigen Anerkennung des territorialen Status quo. Diese Politik ist um der Erhaltung des Weltfriedens willen unverzichtbar.» Er schrieb zudem: «Die grossen Aufgaben unserer Zeit – wie die Sicherung des Friedens, die Abwendung ökologischer Katastrophen und die Überwindung des Elends, vor allem in der Dritten Welt – [...] setzen] Vernunft und Zusammenarbeit [...] voraus [...]» Das sind Formulierungen, die auch gut in eine multipolare Welt passen würden. Kriele allerdings schränkte ein, dass die Weltprobleme «durch sozialistische Zwangsherrschaft vollends unlösbar» würden und im Grunde genommen nur eine am westlichen Modell orientierte Staats- und Verfassungsordnung zukunftsweisend wäre.

Mit einem echten «Dialog der Zivilisationen» (*Hans Köchler*<sup>1</sup>) den Horizont zu erweitern, sich von der Unterteilung der Welt in «gut» und «böse» zu verabschieden und statt dessen kulturgeschichtliche Sensibilität für das «Andere» zu entwickeln, wäre ein notwendiges Korrektiv. Denn die Kulturen sind tatsächlich verschieden, und ohne einen solchen Dialog gibt es keine gleichberechtigte Zusammenarbeit zur Lösung der Weltprobleme und für den Fortschritt aller Völker und Staaten.

Ein Buch wie das von *Martin Kriele* besticht durch seine Zuversicht, dass der «Natur des Menschen» eine «natürliche Tendenz auf universale Ausbreitung innewohnt». Erweiterung hiesse deshalb, seine grundsätzlichen Aussagen weiter zu verfolgen, die Frage nach der «Natur des Menschen» aber genauer zu stellen und nicht auf das Gerüst einer westlichen Verfassungsordnung zu reduzieren. Anders formuliert: Was ist die eigentliche Substanz von «Demokratie», «Rechtszustand» und «Freiheit» – von der Natur des Menschen und von seinen Traditionen und seiner Kultur her betrachtet? Welche Entwicklungspotentiale haben alle Völker und Staaten der Welt, und was ist einer Entwicklung eher förderlich und

was eher störend? Diese Fragen werden um so dringender, je deutlicher es wird, dass die Staaten mit westlicher Verfassungsordnung auf dem Papier zwar viele schöne Dinge formuliert haben, in Tat und Wahrheit aber – schon seit sehr langer Zeit – ganz andere Dinge praktizieren. Musterbeispiel dafür sind die Vereinigten Staaten von Amerika, ist EU-Europa. Dass «humanitäre Interventionen», «Nation building» und eine hegemonale Politik der «Einflussphären», dass Machtausdehnung und völkerrechtswidrige Gewaltanwendung, dass Entrechtung im Inneren sicher störend sind, haben die vergangenen 500 Jahre und der aktuelle Stand der Dinge zur Genüge bewiesen.

Die grosse Mehrheit der Menschheit leidet unter Unrecht, Machtstreben und Gewalt und hat hiergegen zumindest einen natürlichen inneren Protest. Ein Protest, der um so stärker und auch ausdrücklicher wird, je mehr man sich als Mensch mit dem Mitmenschen verbunden fühlt und die gegenseitige Hilfe lebt. *Alfred Adler* hat es schon 1919, ein Jahr nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, in seiner Schrift «Die andere Seite. Eine massenpsychologische Studie über die Schuld des Volkes» abgelehnt, sein Volk, das millionenfach an den Fronten tötete und starb, für die Grauen des Krieges schuldig zu sprechen. Er verwies auf die dem Volke schon in der Vorbereitung des Krieges aufgezwungene donnernde Propaganda und alltägliche Erniedrigung, aber er schrieb auch: «Zu allen offenen Leistungen des Widerstandes fehlte diesem Volk, dem eine Decke übers Haupt gezogen war, das eigentliche Band des gegenseitigen Vertrauens, ein starkes, geschultes Gemeinschaftsgefühl.»

Trotz der vielen individuellen Opfer, die wir derzeit zurecht beklagen und deren Leidensgeschichte noch kein Ende gefunden hat: Das Wissen um die Kraft der Verbundenheit und der gegenseitigen Hilfe macht zuversichtlich. •

<sup>1</sup> vgl. zum Beispiel: Köchler, Hans. «Die Bedeutung des Dialoges der Zivilisationen für die internationalen Beziehungen». Gekürzter Text eines am 30. August 2014 auf der Tagung «Mut zur Ethik» in Sironach (Schweiz) gehaltenen Vortrages; <https://i-p-o.org/Koehler-Dialog-der-Zivilisationen-int-Beziehungen--IPO-OP-2014.pdf>